

## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 30. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2004-2008)

---

Sitzungsdatum: 19. / 20. Juni 2007  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 20.00 Uhr

---

#### Präsenz

Einwohnerrat: Vorsitz Christoph Morat, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Dr. Anton Lauber, Präsident  
Nicole Nüssli-Kaiser, Vizepräsidentin  
Roman Meury  
Heinz Giger  
Robert Vogt  
Arnold Julier  
Saskia Schärer

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter  
Andreas Weis, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)  
Alexandra Gmür, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

#### Gäste:

Entschuldigt: Rolf Glatz, am 19. Juni 2007  
Basil Kroepfli, am 20. Juni 2007  
Peter von Arx, am 20. Juni 2007

Abwesend: Peter Hauser, am 19. und 20. Juni 2007  
Simone Hauser, am 20. Juni 2007  
Juliana Weber Killer, am 20. Juni 2007

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl der Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2007/2008:
  - a) Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates
  - b) Wahl des 1. Vize-Präsidenten / der 1. Vize-Präsidentin
  - c) Wahl des 2. Vize-Präsidenten / der 2. Vize-Präsidentin
  - d) Wahl von 2 Stimmezählern / Stimmezählerinnen
  - e) Wahl von 2 Ersatzleuten für die Stimmezähler / Stimmezählerinnen

- |  |                  |
|--|------------------|
| 2. Berichte des Gemeinderates vom 18.04.2007 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.05.2007 betreffend Jahresrechnung 2006   | Geschäft 3705 /A |
| 3. a) Berichte des Gemeinderates vom 25.04.2007 betreffend Kostenrechnung und Leistungsberichte 2006   | Geschäft 3704    |
| b) Bericht der Geschäftsprüfungskommission vom 04.06.2007 betreffend Leistungsberichte 2006  | Geschäft 3704 A  |
| c) Bericht der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.05.2007 betreffend Kostenrechnung 2006   | Geschäft 3704 B  |
| 4. Berichte des Gemeinderates vom 01.03.2007 und der Geschäftsprüfungskommission vom 04.06.2007 betreffend Geschäftsberichte 2006 des Gemeinderates, der Schulräte und der übrigen Behörden. | Geschäft 3703 /A |
| 5. Postulat vom 23.05.2007 der CVP-Fraktion, betreffend finanzielle Entwicklung der Spitex.  | Geschäft 3728    |
| 6. Postulat vom 23.05.2007 von Felix Keller, CVP-Fraktion, betreffend Verlängerung der Buslinie 38 zum Bahnhof Basel SBB   | Geschäft 3730    |
| 7. Interpellation von Samuel Champion, SD-Fraktion, betreffend Sicherheit in der Schulanlage Neuallschwil.   | Geschäft 3731    |

Nach der Pause:  
- INFO-FENSTER des Gemeinderates

---

### **Der/die Protokollführer/-in**

Alexandra Gmür / Andreas Weis

---

### **Einwohnerratsprotokoll Nr. 30 vom 19. / 20. Juni 2007**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### **Die Präsidentin des Einwohnerrates Allschwil**

Susanne Studer

---

## **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Christoph Morat, Präsident**, begrüsst alle herzlich zur Einwohnerratssitzung und informiert über die Entschuldigungen. Er teilt mit: Mit Schreiben vom 28.05.2007 hat **Catherine Hosang**, CVP-Fraktion, ihren Rücktritt bekannt gegeben. Er dankt Catherine Hosang, CVP-Fraktion, für den Einsatz, welchen sie geleistet hat, und wünscht ihr alles Gute für die Zukunft. Mit Schreiben vom 16. Juni hat **Siro Imber**, FDP-Fraktion, den Rücktritt per 12. September 2007 aus dem Wahlbüro bekannt gegeben. Mit Rücktrittsschreiben vom 4. Juni 2007 tritt **Max Amsler**, SD-Fraktion, als Ersatzmitglied der GPK zurück, gleichzeitig tritt er auch als Mitglied der VPK zurück. **Bruno Steiger**, SD-Fraktion, tritt als Ersatzmitglied der Umweltkommission und als Ersatzmitglied der FiReKo zurück. Das Büro des Einwohnerrats hat der FiReKo den Auftrag erteilt, die Leistungspostulate auf die Kostenrelevanz zu überprüfen. Am 25.04.2007 ging ein Antrag der FDP-, CVP- und SP-Fraktion beim Büro zwecks Überprüfung des Lebensmittelpunkts von **Samuel Champion**, SD-Fraktion, ein. Das Büro gab die Anfrage dem Gemeinderat weiter. Der Gemeinderat erteilte der Gemeindepolizei den Auftrag Abklärungen betreffend des Lebensmittelpunkts vorzunehmen. Nach den Abklärungen der beauftragten Gemeindepolizei kann festgestellt werden, dass sich der Lebensmittelpunkt von Samuel Champion, SD-Fraktion, in Allschwil befindet. Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes können dazu keine weiteren Auskünfte gegeben werden.

## **Neue parlamentarische Vorstösse**

Dringliches Postulat betreffend „*Kein Aussteigen am Morgartenring, sondern Basel-Allschwil direkt mit dem 6er*“ von **Rolf Adam**, CVP-Fraktion (Geschäft 3737).

**Christoph Morat, Präsident**, weist auf das dringliche Postulat von **Rolf Adam**, CVP-Fraktion hin und übergibt ihm das Wort betreffend Dringlichkeit.

Zur Dringlichkeit:

**Rolf Adam**, CVP-Fraktion: Das dringliche Postulat macht Sinn und man sollte heute über die Fahrpläne diskutieren, welche unregelmässig gestaltet sind. Man muss am Abend nach Hause gehen, da das Tram in der Nacht nur noch bis Morgartenring fährt und dann ist Endstation. Dadurch, dass die BVB ihre Fahrpläne im Sommer neu organisieren, wäre es von Vorteil, wenn wir es heute noch diskutieren könnten. Wenn wir es erst nach den Sommerferien machen, würde sich das bis Dezember hinziehen und es ginge nochmals ein Jahr länger.

://:

Mit **19:13 Stimmen** wird der Dringlichkeit **nicht stattgegeben** (2/3-Mehr nicht erreicht).

## **Traktandenliste**

**Christoph Morat, Präsident**: Die Traktandenliste wurde ihnen rechtzeitig zugestellt. Ich frage den Rat an, ob es Änderungsanträge zur Traktandenliste gibt. Dies ist nicht der Fall. Dann verfahren wir nach der Traktandenliste. Das Traktandum 1 wird, wie sie schon aus der Einladung erfahren konnten, erst morgen Abend behandelt. Wir kommen also zum Traktandum 2.

**2. Berichte des Gemeinderates vom 18.04.2007 und der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission vom 24.05.2007 betreffend Jahresrechnung 2006, (Geschäft 3705 /A).**

---

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Departementsvorsteherin Finanzen-Steuern: Es freut mich ausserordentlich, dass ich heute Abend bei diesem schönen, warmen Wetter hier drinnen sitzen darf und ihnen die Rechnung 2006 präsentieren kann, obwohl das Ergebnis nicht gerade zu Freudensprüngen Anlass gegeben hat (Folie 1). Sie sehen aufgrund dieser Folie, dass wir bei der Rechnung 2006 ein Total von einem Ertrag von CHF 68'127'000.00 verbuchen durften, demgegenüber besteht jedoch ein Aufwand von CHF 69'100'000.00. D.h. das Ergebnis der laufenden Rechnung ist klar ein Defizit, ein Aufwandüberschuss von rund einer Million Schweizer Franken. Das Ergebnis ist aber nicht auf das operative Ergebnis zurückzuführen, denn der Personal- und Sachaufwand konnten klar unter dem Budget abgeschlossen werden. Das nicht gerade rosige Ergebnis ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass der Gemeinderat eine vorsichtigere Einschätzung bei der Steuerabgrenzung vorgenommen hat. In einem Nebenpunkt ist noch auf die ausserordentlichen Abschreibungen im Finanzvermögen von rund CHF 300'000.00 hinzuweisen, welche so verbucht werden mussten. Sie sehen, die Abweichungen gegenüber dem Budget sind CHF 1.3 Millionen. Sie wissen noch von der letzten Runde, als ich ihnen das Budget präsentieren durfte, dass wir mit einem Ertragsüberschuss von CHF 261'000.00 gerechnet haben. Jetzt mussten wir eine Million Schweizer Franken Aufwandüberschuss entgegen nehmen. Das gibt eine Negativabweichung von CHF 1.3 Millionen. Der Gemeinderat musste hauptsächlich wegen den tieferen Steuereinnahmen von CHF 1.9 Millionen eine Korrektur vornehmen. Die Erfahrungen aus den letzten Jahren haben gezeigt, dass wir die budgetierten Steuererträge nicht erreicht haben. Im Jahr 2005 haben wir es bereits um CHF 700'000.00 nicht erreicht. Dann haben wir trotzdem eine positive Sichtweise eingenommen und haben gehofft, dass die Steuereinnahmen doch um CHF 1.4 Millionen steigen werden, gegenüber dem Budget 05 und jetzt mussten wir sehen, dass dies nicht der Fall ist. Wir mussten den Korrekturstift zur Hand nehmen und mussten mit CHF 1.9 Millionen weniger rechnen. Der weitere Punkt, welcher negativ ist, sind die ausserordentlichen Abschreibungen im Finanzvermögen, in diesem Fall die CHF 300'000.00. Dabei handelt es sich um Grundstücke, welche auf der Rechnung aufgelistet waren. Es gab verschiedene Tauschgeschäfte und es hat sich zum Schluss herausgestellt, dass dort tiefere Verkehrswerte realisiert wurden, in der Rechnung jedoch höhere Buchwerte bestanden. Dies ergab unter dem Strich die CHF 300'000.00, welche wir ausserordentlich abschreiben mussten. Was aber gut und toll ist, ist, dass die laufenden Ausgaben klar unter dem Budget sind. D.h. den Personal- als auch den Sachaufwand konnten wir unter dem Budget abschliessen, beides zusammen um CHF 100'000.00. Obwohl wir beim Sachaufwand viel höhere Energiekosten hatten als seit dem Budget 06, haben wir trotzdem erreicht, den Sachaufwand unter dem Budget abzuschliessen. Denn die ordentlichen Abschreibungen konnten wir um CHF 500'000.00 tiefer als geplant verrechnen, dies weil wir effektiv weniger Investitionen als geplant in Angriff nehmen konnten. Ein weiterer Punkt sind höhere übrige Einnahmen um CHF 300'000.00. Dies sind höhere Rückerstattungen von Gemeinwesen und Beiträge für eigene Rechnungen. Die Abweichung gegenüber der Rechnung 2005 ist noch viel grösser. Dort haben wir eine negative Abweichung von CHF 2.9 Millionen. Die Rechnung 2005 konnte mit einem ganz tollen Ergebnis abschliessen, nämlich mit einem Ertragsüberschuss von CHF 1.8 Millionen. Dies ist aber auf ausserordentliche Erträge zurückzuführen, denn der Kanton hat dazumal auf die Miete der Realschulhäuser verzichtet und demgegenüber bekamen wir sogar noch Nachzahlungen für den Unterhalt der Sekundarschulhäuser, dies führte zu diesem grossen Ertragsüberschuss. Wie bereits gesagt, die Abweichung gegenüber dem Vorjahr ist neben diesem Punkt auf die tieferen Einnahmen von CHF 1.1 Millionen zurückzuführen. Dabei handelt es sich unter anderem um Feuerwehrpflichtersatz, welcher einfach tiefer ausgefallen ist, als das wir ursprünglich gedacht haben. Dann gibt es weitere Gebühren für Amtshandlungen, beispielsweise für Baubewilligungen, welche weniger waren. Die laufenden Ausgaben sind gegenüber der Rechnung 05 um CHF 1.9 Millionen angestiegen. Dies ist sicher auch ein Punkt, welcher dazu

geführt hat, dass wir gegenüber dem Vorjahr eine derart grosse Abweichung haben. Dann haben wir um CHF 400'000.00 geringere Abschreibungen als gegenüber dem Vorjahr. Der wichtigste Punkt ist die Steuerabgrenzung. Die Steuerabgrenzung ist ein hochtechnisches Thema. Ich musste mich einarbeiten, respektive es mir von Jacqueline Holzer, HAL Finanzen-Steuern, erläutern lassen und ich hoffe, sie hat das geschafft, so dass ich es ihnen hier weitergeben kann. Wichtig ist einfach bei der Steuerabgrenzung, dass wir in der Rechnung jedes Jahr einen ausgewiesenen Steuerertrag haben. Dieser Steuerertrag ist aber nicht einfach eine Position, bei der wir sagen, dort kommt alles hinein, für das, was wir in Rechnung stellen und die Rechnungen, welche auch eingehen, sind in diesem Steuerertrag. Sondern es kommen noch verschiedene andere Positionen in diesen Betrag hinein. Dies ist einerseits der Betrag der erstellten Steuerrechnungen für das Steuerjahr 06. D.h. die effektiv fakturierten Steuerrechnungen bezogen auf das Steuerjahr 06 sind im Steuerertrag, welcher 46 Millionen umfasst. Ein weiterer Punkt ist der Differenzbetrag zwischen der definitiv veranlagten Steuer und der verbuchten Akontorechnung für das Steuerjahr 05 und früher. Auch hier handelt es sich um effektiv fakturierte Steuerrechnungen. Die grösste Schwierigkeit, welche die Hauptabteilung Finanzen - Steuern hat, ist, dass nicht nur die effektiv erstellten Steuerrechnungen in diesem Steuerertrag sind, sondern dass es weiter noch eine Schätzung gibt. Diese Schätzung bezieht sich auf den Differenzbetrag zwischen den erwarteten definitiven Steuerfakturierungen und den verbuchten Akontorechnungen für das Steuerjahr 06 und früher. Dies muss in diesem ausgewiesenen Steuerertrag verbucht werden. D.h. man muss eine Schätzung vornehmen über die zu erwartenden, zukünftigen Steuerfakturierungen, welche noch eingehen können und das Jahr 06 betreffen. Dies ist buchhalterisch gesprochen die so genannte Steuerabgrenzung. Wichtig für sie ist, dass es sich bei diesen Steuerabgrenzungen um transitorische Positionen handelt. D.h. im nächsten Jahr gibt es immer wieder eine Rückbuchung von dieser Steuerabgrenzung. Das bedeutet, dass wenn wir jetzt CHF 5.4 Millionen abgrenzen, wie wir es dieses Jahr gemacht haben, dann beginnt es im nächsten Jahr mit CHF -5.4 Millionen. Es vergeht eine Zeit, bis wir dort wieder auf Null sind, bis diese Rechnungen eingehen. Der definitive Steuerertrag 06 kann erst nach Abschluss aller Veranlagungen bekannt gemacht werden und dies kann einige Jahre in Anspruch nehmen. Die Einschätzung dieses Betrags ist enorm schwierig. Vor allem bei den juristischen Personen ist dies sehr schwierig, weil die wirtschaftliche Lage zu berücksichtigen ist und wir vorhersehen müssten was sein könnte, und ob noch zusätzliche Einnahmen bei uns zu verzeichnen sind. Wenn wir zu hohe Abgrenzungsbeträge machen, dann heisst das in den nächsten Jahren zu tiefe ausgewiesene Erträge. D.h. wir machen in den nächsten Jahren in diesem Sinn Verlust. Das Gegenteil wären zu tiefe Abgrenzungsbeträge, d.h. wir hätten in den nächsten Jahren einen höheren ausgewiesenen Steuerertrag. Das Ziel, welcher der Gemeinderat mit diesen Steuerabgrenzungen verfolgt, ist ganz klar eine möglichst realitätsnahe Steuerabschätzung. D.h. dass wir weder zu hohe noch zu tiefe Abgrenzungsbeträge haben, sondern dass wir im Prinzip eine Punktlandung machen möchten. Wir haben dieses Jahr nicht die Abgrenzungspraxis geändert, sondern wir haben die Situation aufgrund der aktuellen Gegebenheiten vorsichtiger eingeschätzt. Wir haben eine vorsichtige Einschätzung der Steuereinnahmen gemacht. Sie wissen, wir leben im Zeitalter der täglichen Veränderungen und ich habe es auch schon erwähnt, für den Gemeinderat ist es enorm schwierig das Budget aufzusetzen und es ist enorm schwierig, diese Steuerabgrenzungen vorzunehmen. Die Stichworte sind: NFA- Neuer Finanzausgleich, Unternehmenssteuerreform und Steuerreform bei den natürlichen Personen. Dies sind alles Unsicherheiten, welche wir bei der Einschätzung der Steuereinnahmen berücksichtigen müssen. Der tatsächliche Abgrenzungsbetrag ist CHF 5.4 Millionen gegenüber der Rechnung 05, dort haben wir noch CHF 6.5 Millionen abgegrenzt. Insgesamt wurden Steuererträge von 46 Millionen verbucht, davon haben wir CHF 5.4 Millionen abgegrenzt. Ich denke, dies ist vertretbar, zumindest sah dies der Gemeinderat so. Ein Wort noch zur Entwicklung der Steuererträge von 2000-2006. Sie können von 2000-2006 nicht alles gleich bewerten, da bis 2001 die Fürsorgesteuer separat war und ab 2003 gab es noch die Steuererhöhung von 57% auf 58%. Im Prinzip ist erst ein Vergleich von 2003-2006 möglich. Hier ist es leider eine Tatsache, dass die Steuererträge der natürlichen Personen stagnieren: CHF 37.5, CHF 37.7, CHF 38.4 und CHF 38.2 Millionen. Auf der anderen Seite sind die Steuererträge bei den juristischen Personen vom Jahr 2003 aufs Jahr 2004 von CHF 6.4 auf CHF 7.0 Millionen angestiegen, dann sind sie aber wieder gesunken und jetzt sogar vom Jahr

2005 aufs Jahr 2006 wieder rückläufig. Dies ist eine Tatsache, selbst wenn man in der Zeitung lesen kann, dass das Wirtschaftswachstum zugenommen hat, heisst das noch lange nicht, dass dies in einer Gemeinde wie Allschwil sofort umschlägt und wir dann effektiv die Steuereinnahmen haben, welche wir eigentlich erwarten. Hier die Entwicklung der Ergebnisse vom Jahr 1998 bis 2007: Sie sehen, es gibt immer wieder Ausreisser. Das Jahr 05 war ein positiver Ausreisser, das Jahr 06 eher wieder negativ. Wie gesagt, beim Jahr 05 waren es ausserordentliche Faktoren, die zu diesem tollen Ergebnis geführt haben. Die Entwicklung des Eigenkapitals ist eine sehr wichtige Kennzahl für den Gemeinderat. Die Entwicklung seit dem Jahr 2000 ist nicht unerfreulich. Wir hatten einmal CHF 4.1 Millionen. Wir mussten leider - auch wenn unser Ziel die Erhöhung des Eigenkapitals war und ist - aufgrund des Ergebnisses vom Jahr 06 auf eine Million zurück buchstabieren. Die Eigenkapitalquote, sie ist das Verhältnis des Eigenkapitals zum Gesamtaufwand, zeigt an, in welchem Ausmass die Gemeinde massive Einnahmenseinbrüche bzw. kurzfristiger Aufwandüberschuss verkraften kann. Dies sehen sie sofort auch, wenn sie die Richtwerte anschauen: Von 0 bis 10 % ist eine geringe Eigenkapitalquote und wir haben 1.7%. Also ist ganz klar, die Gemeinde Allschwil kann nicht viel verkraften. Die Eigenkapitalquote ist ungenügend. Der Gemeinderat hat immer noch den Aufbau des Eigenkapitals im Hinterkopf und wir werden alles daran setzen um in die Nähe zu kommen. Kurz möchte ich noch die Nettoinvestitionen aufzeigen. Wir konnten doch, obwohl das Ergebnis nicht ganz so erfreulich ist, CHF 6.9 Millionen Nettoinvestitionen vornehmen. Zum Beispiel in die öffentliche Sicherheit: CHF 253'000.-- haben wir in der Rechnung 06 ausgegeben, insbesondere für die Planung vom Feuerwehrmagazin. Der Gemeinderat ist immer noch gewillt, das Feuerwehrmagazin auszubauen, sonst würde er nicht die Planung vorantreiben und noch mehr Geld in die Hand nehmen. Dann die Sportanlage im Brül und das Begegnungszentrum, beides wurde erstellt und alles ist im Betrieb, dies entspricht CHF 4.5 Millionen Investitionen. Das ist auch eine gute Sache. Die weiteren Positionen muss ich nicht noch einmal im Detail durchgehen. Wichtig ist, dass wir gegenüber dem Budget doch CHF 1.9 Millionen weniger investiert haben. Das ist auch der Grund, warum die Abschreibungen zurückgegangen sind, was wieder in der laufenden Rechnung zu Buche schlägt. Die Selbstfinanzierung ist eine weitere wichtige Kennzahl für den Gemeinderat. Wir hatten in Allschwil im Jahre 06 eine Selbstfinanzierung von CHF 1.6 Millionen, zusätzlich hatten wir aber Nettoinvestitionen von CHF 6.9 Millionen und dies zeigt sehr schnell, dass uns Geld fehlt. Wir haben einen Finanzierungsfehlbetrag von CHF 5.3 Millionen. Wir mussten im Rahmen dieser CHF 5.3 Millionen eine Fremdfinanzierung vornehmen und wir konnten die Investitionen nicht aus selbst erarbeiteten Mitteln finanzieren. Der Selbstfinanzierungsgrad ist nur 23%, das bedeutet, dass die Neuverschuldung weiter zugenommen hat. Im Jahre 05 hatten wir noch CHF 21.5 Millionen Nettoschulden. Im Jahre 2006 hatten wir CHF 26.1 Millionen Nettoschulden. Wir bewegen uns ein bisschen in einem Teufelskreis. Eine Zunahme der Nettoschuld bedeutet wieder höhere Fremdzinsen. Höhere Fremdzinsen bedeuten eine zusätzliche Belastung der laufenden Rechnung. Dies wiederum bedeutet ein tieferes Resultat in der laufenden Rechnung, was wiederum eine tiefere Selbstfinanzierung und eine höhere Verschuldung bedeutet. Wir bewegen uns etwas in dieser Spirale und es ist schwierig, daraus heraus zukommen. Doch ich denke, der Gemeinderat hat dies erkannt und wird alles daran setzen, dass wir dies erreichen. Die Verantwortung liegt aber sicher nicht nur beim Gemeinderat, sondern auch beim Einwohnerrat. Noch ein Wort zu den Spezialfinanzierungen. Die Wasserversorgung hat mit einem Defizit von CHF 396'000. - abgeschlossen. Wir haben einen Bilanzfehlbetrag von CHF 628'000.--. Aber es ist allen bekannt, wir haben eine Tarifanpassung beschlossen und ich denke, dort kommen wir wieder auf den rechten Weg. Bei der Abwasserbeseitigung gibt es auch ein Defizit von CHF 233'000.- zu verzeichnen. Wichtig ist aber hier, dass dies auf unterschiedliche Faktoren zurückzuführen ist und zwar auf eine unterschiedliche Bemessungsperiode des Aufwands und des Ertrags. Beim Aufwand nahm man die Basis 05 und beim Ertrag die Basis 06. Wenn man berücksichtigt, dass hier eine solide Eigenkapitalbasis von CHF 5.7 Millionen besteht, so besteht vorerst noch kein Handlungsbedarf bei der Abwasserbeseitigung. Bei der Abfallbeseitigung ist sogar ein Überschuss von CHF 126'00.- zu verzeichnen und auch hier hat es Eigenkapital und somit besteht kein Handlungsbedarf. Zu den Schlussfolgerungen: Ich habe es eingangs gesagt, der Personalaufwand ist im Rahmen des Budgets, der Sachaufwand wurde eingehalten und ist sogar noch leicht darunter. Dies sind wichtige Punkte für den Gemeinderat. D.h. das operative Ergebnis hat positiv abgeschlossen.

Dort wo der Gemeinderat Einfluss nehmen kann, hat er Einfluss genommen und den Daumen darauf gehalten. Aber die wichtigste Zielsetzung des ausgeglichenen Finanzhaushaltes wurde verfehlt. Ebenso wurde der Aufbau des Eigenkapitals verfehlt. Es ging sogar eher retour, denn die Verschuldung hat zugenommen. Wir stehen vor einem grossen Problem, wir haben externe Einflussfaktoren, welche die zukünftige Rechnung belasten. Der Gemeinderat weiss immer noch nicht konkret, aufgrund dieser Einflussfaktoren, wohin unsere Gemeinde finanziell hinsteuern kann. Was der Gemeinderat aber sehr gut weiss, ist, dass der Handlungsspielraum der Gemeinde Allschwil finanztechnisch sehr gering ist und dies wird sich in den nächsten Jahren nicht ändern. Deshalb darf weder der Gemeinderat noch der Einwohnerrat die Augen vor diesen Problemen verschliessen und er muss Massnahmen einleiten. Die Massnahmen sind die konsequente Weiterführung des Sparkurses im Rahmen des Vernünftigen und die Beibehaltung der Ausgabendisziplin. Im Weiteren ist wichtig, dass der mittelfristige Investitionsbedarf fundiert erhoben wird und man vor allem die Finanzierungsmöglichkeiten dieses Investitionsbedarfs prüft. Im Weiteren ist es wichtig, dass wir die Möglichkeiten zur besseren Einschätzung der Steuerentwicklung vor allem bei den juristischen Personen überprüfen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass wir eine Datenbasis erstellen für die Steuerabgrenzung und vor allem zur Überprüfung der Abgrenzungsstrategie. Bis jetzt fehlt es, wir sind aber daran, dies zu machen. Wichtig ist, dass die Steuereinnahmen in der Zukunft besser abgeschätzt werden können. All dies wird Thema des Workshops sein und dort werden wir auch die gesamten finanzstrategischen Zielsetzungen anschauen. Bevor ich ganz schliesse, möchte ich der FiReKo für die umfassende Überprüfung danken, ein weiterer Dank geht aber auch an die Mitarbeiter der Verwaltung, welche zum Jahresabschluss beigetragen haben. Am Schluss möchte ich aber vor allem Jacqueline Holzer, HAL Finanzen - Steuern, hervorheben und ihr meinen Dank für die Arbeit aussprechen, die sie geleistet hat im Rahmen der Erstellung des Abschlusses 06. Sie ist seit dem 1. November 06 bei uns im Amt und sie hat innert kurzer Zeit diesen Jahresabschluss 06 erstellt. Sie hat sich eingearbeitet und hat sich auch getraut, heisse Eisen anzufassen und diese dem Gemeinderat auf den Tisch zu legen. So, dass wir die entsprechenden Beschlüsse fassen konnten. Ich schliesse mit dem Antrag, dass die Jahresrechnung genehmigt werden kann.

**Christoph Morat**, Präsident, bedankt sich für die umfangreichen Informationen und übergibt das Wort **Verena Meschberger**, Präsidentin FiReKo.

**Verena Meschberger**, SP/EVP-Fraktion, Präsidentin FiReKo: Der „Speech“ des Kommissionspräsidiums sollte meiner Meinung nach eine Ergänzung zum schriftlichen Kommissionsbericht sein. Dieses Mal ist dies besonders der Fall. Die FiReKo hat, wenn man das happige Defizit gegenüber dem kleinen Überschuss im Budget betrachtet, einen ziemlich zahmen Bericht geschrieben. Nach lebhaften Diskussionen innerhalb der FiReKo und zusammen mit der Gemeinderätin Nicole Nüssli-Kaiser und Jacqueline Holzer, HAL Finanzen – Steuern, anlässlich der Abschlussbesprechung ist dies nicht selbstverständlich. Im Gegenteil, erlauben sie mir darum, dazu etwas zu sagen. Die FiReKo betrachtet das Ergebnis etwas anders als das dies jetzt von Gemeinderätin Nicole Nüssli-Kaiser geschildert wurde. Alles was Gemeinderätin Nicole Nüssli-Kaiser gesagt hat, ist auch aus der Sicht der FiReKo richtig, nur ist die Interpretation nicht ganz so, wie es die FiReKo getan hat. Der Gemeinderat hat richtig in seinem Bericht geschrieben und Gemeinderätin Nicole Nüssli-Kaiser hat es auch erwähnt, dass das operationelle Ergebnis des Abschlusses dem Budget entspricht. Die Krux liegt in den Abschlussbuchungen. Dort geht es nicht mehr um das Ausgeben von hartem Geld/Währung, sondern um die sogenannten „Blue Dollars“, nämlich um Abschreibungen und Abgrenzungen. Die Abschreibungen sind vom Gesetz vorgegeben, die Abgrenzungen hingegen liegen in der Verantwortung des Gemeinderates, welcher in einem gewissen Sinn den Empfehlungen der Hauptabteilungen folgt. Dort hat man einen gewissen Spielraum. Und diesen Spielraum hat der Gemeinderat in einer Art ausgenützt, mit der sich die FiReKo nicht einverstanden erklären kann. Allerdings ist der Gemeinderat verantwortlich für den Abschluss und für die Festsetzung dieser Abgrenzungsbuchungen. Bei den Diskussionen hat der Gemeinderat respektive Gemeinderätin Nicole Nüssli-Kaiser immer wieder betont, dass es um eine rein betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise bei dieser Korrektur der Steuerabgrenzungen gehe. Immerhin finden wir von der FiReKo, dass CHF 900'000.00.- Veränderung bei der Abgrenzung etwas happig ist, wenn

es dazu führt, dass ein kleiner Überschuss zu einem grossen Defizit wird. Man kann in guten Treuen wirklich darüber diskutieren, wie diese Abgrenzungen gehandhabt werden. Lieber vorsichtig als allzu optimistisch. Die happige Korrektur, welche dieses Jahr vorgenommen wurde, lässt den Verdacht aufkommen, dass bisher zu optimistisch abgegrenzt wurde. Und das kann nicht der Fall sein, dass der Gemeinderat und die FiReKo über Jahre hinweg falsch abgegrenzt haben. Wenn wir ein Eigenkapital von CHF 15 Millionen wie unsere umliegenden Gemeinden hätten, dann könnte man sagen: Was soll es? Aber bei einem Eigenkapital, welches mit diesem Defizit von CHF 2.2 Millionen auf CHF 1.2 Millionen zurückfällt, ist es etwas schaurig. Bei einer Firma, welche so grosse Verluste wegen Abgrenzungsbuchungen schreibt, weiss ich nicht, ob sich das als gut herausstellen würde. Über die Schulden wollen wir gar nicht sprechen, wir wissen alle, dass die zu hoch sind und dass wir uns in einer ungeschickten Situation befinden. Hier müssen wir zusammen arbeiten. Wie gesagt: Man kann darüber diskutieren und die FiReKo hat auch nichts dagegen, dass die Abgrenzungen anders betrachtet werden als bisher. Die Frage ist nur: Wie happig und wie schnell soll man die Abgrenzungspolitik ändern? Dass mit diesen anderen Steuernabgrenzungen das Budget nicht eingehalten wurde, ist klar. Und dies wird so lange nicht der Fall sein, bis die Abgrenzungsart dem Budget entsprechend aufgenommen werden kann. Die Quintessenz unserer Überlegungen ist, dass die FiReKo nicht glücklich ist mit der Abgrenzungspolitik beim jetzigen Abschluss. Aber sie kam trotzdem zum Schluss, dass die Rechnung genehmigt werden sollte, allerdings mit einigen Vorbehalten. Schon im Januar hatte die FiReKo aus verschiedenen Gründen schon ziemlich Probleme mit der Empfehlung zur Kenntnisnahme. Dies, was jetzt beim Abschluss gemacht wurde, ist auch nicht das Gelbe vom Ei. Die FiReKo findet es schade, dass der Gemeinderat nicht von seiner Möglichkeit Gebrauch gemacht hat, mit der FiReKo das Gespräch zu suchen, bevor er den Abschluss in der vorliegenden Art vorstellte. Vielleicht würde dann der Abschluss positiver aussehen. Auf die lange Frist sehen wir dann, wie er herauskommt, dies kann weder der Gemeinderat noch die FiReKo voraussagen. Da sind wir ziemlich von unseren Steuerzahlern abhängig. Mit diesem „schitteren“/schlechten Abschluss wurde der Handlungsspielraum des Gemeinderates noch mehr eingeschränkt als bisher. Jetzt haben wir noch eine schwierigere Situation als bisher., Nämlich einerseits im Hinblick auf die Investitionen und andererseits im Hinblick auf Begehrlichkeiten wie das unsere bürgerliche Kollegen und Kolleginnen oder auf wichtige Ausgaben wie das meine linken Kollegen und Kolleginnen sagen würden. Gemeinderätin Nicole Nüssli-Kaiser hat schon erwähnt, dass sie im August einen Workshop durchführen wollen um die ganze riesige Problematik anzuschauen. Dies finden wir sehr gut und dies ist auch der Grund, weshalb wir ihnen empfehlen, diese Rechnung abzunehmen. Die FiReKo nimmt zum Abschluss Stellung. Unserer Revisor, Hans-Peter Frischknecht, schreibt einen „Revisionsbericht“ und bezeichnet alles das was im Detail gut gemacht wurde und was im Detail vielleicht noch kritisiert werden sollte. Die FiReKo hat mit einem Zirkularbeschluss per heute diesen Revisionsbericht freigegeben für den Gemeinderat. Ich bitte sie die Rechnung abzunehmen.

**Christoph Morat**, Präsident: Dankschön Verena Meschberger, FiReKo-Präsidentin. Ich frage den Rat an, ob das Eintreten auf die Rechnung bestritten wird. Dies ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Detailberatung.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte am Anfang allen Involvierten, der Verwaltung, dem Gemeinderat und der FiReKo für diese grosse Arbeit danken. Ich möchte aber zu dieser ganzen Geschichte ein paar Gedanken aus der Fraktion loswerden. Und zwar geht es uns um die „Zahlenangst“ am Schluss, denn unter dem Strich steht ein Minus und um die veränderten Spielregeln, wie wir zu diesem Ergebnis kamen. Über Jahrzehnte hatten wir eine andere Art von Steuerabgrenzung. Genauso wie es uns der Kanton anbieten würde. Steuergelder wurden verbucht und alle waren einverstanden, es war nicht unkorrekt. Sicher nicht so daneben, dass man mitten im Rennen das Pferd wechselt oder die Strecke zum Lauf neu aussteckt. Wir finden es sehr schade, dass man mitten im Jahr eine neue Art oder ein neues Prozedere einführt. Damit driften die Rechnung und das Budget sehr stark auseinander. Wir finden den Zeitpunkt sehr ungeschickt, es fehlt an der vorherigen Kommunikation und Information. Dass eine Änderung mit einem neuen Budget nicht möglich gewesen ist, störte uns. War es so eilig? Die ausserordentlichen Faktoren, auf welche der Gemeinderat hinweist,



welche bei den Steuerabgrenzungen Einfluss hatten, sind ein Vorwand. Es war ganz klar ein Willensentscheid des Gemeinderats mit grosser politischer Tragweite. Allschwil hat viele Ideen. Mit diesem Resultat der Rechnung wird die Umsetzung dieser Ideen sicher nicht erleichtert, sondern erschwert. Denken wir ganz kurz nochmals an die Ideen, welche den Verkehr betreffen: Tempo 30, ÖV, Zugang zum Bahnhof oder Fahrten nach Allschwil am Abend. Dies sind Mehrausgaben. Dann die gemeindeeigenen Bauten: Das Feuerwehrmagazin, Altersdomizil, die Schulen; was hier auf uns zukommt, möchte ich lieber nicht lange erläutern. Der Gemeinderat weiss es auch, da steckt einiges drinnen. Der Druck auf die nicht gebundenen Ausgaben aus der laufenden Rechnung wird enorm zunehmen. Die Steuersatzdiskussionen, die Senkung oder Anhebung, wird mit so einer grossen Verschuldung, welche wir ausweisen, ein politischer Zündstoff. Die Zahlen haben einen ganz grossen Einfluss auf unser Budget, auf die Finanzstrategie und die Finanzplanung. Die Frage, welche sich mir stellt, ist: Hat man dies bewusst eingesetzt zwischen Budget und Rechnung, um ein Zeichen zu setzen? Wir wurden hellhörig, ich nehme an, ihr auch. Die Zahlen unter dem Strich sind ein wichtiges Standbein für unsere Finanz- und Planungspolitik. Und als ich das Budget für dieses Jahr sah, war klar, dass dieses auch nicht ausgeglichen ist, dort wird auch eher mit einem Defizit gerechnet. Wir gehen nicht mit grossen Schritten rosigen Zeiten entgegen, im Gegenteil, die Zeiten sind problematisch. Ich finde es einen Wahnsinnsentscheid und ich bin enttäuscht, dass man einfach das Budget und die Rechnung auseinander dividiert hat und sich dieser Einfluss so stark in den Zahlen zeigt. Dies ist unsere Meinung zu den Steuerabgrenzungen, welche so radikal mitten drinnen stattfanden.

**Samuel Champion**, SD-Fraktion: Gemeinderätin Nicole Nüssli-Kaiser hat uns die Rechnung präsentiert. Aber vom kantonalen oder eidgenössischen Finanzausgleich habe ich gar nichts gehört. Wie wirkt sich das auf den kantonalen Finanzausgleich aus, was steht in Aussicht?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Departementsvorsteherin Finanzen-Steuern: Wir bekommen keinen Finanzausgleich, wir müssen bezahlen.

**Samuel Champion**, SD-Fraktion: Wo ist dann die Zahlung verbucht?

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Departementsvorsteherin Finanzen-Steuern: Wir klären das ab.

**Robert Richner**, FDP-Fraktion: Die FDP ist grundsätzlich auf dieses Geschäft eingetreten, wir haben aber diesen Verlust auch nicht erwartet. Wir haben auch im Vorfeld vom Gemeinderat nichts gehört. Wir waren alle leider negativ überrascht über dieses Ergebnis. Natürlich hat man die Abgrenzungen geändert, aber so massiv waren sie jetzt auch wieder nicht. Denn das Budget ist das eine, eine Vorjahresrechnung etwas anderes. Jacqueline Holzer, HAL Finanzen-Steuern, war dort noch nicht im Amt. Sie hatte eine andere Ansicht. Sie hat dies beim Gemeinderat vorgebracht und im Gemeinderat auch durchgebracht. Das Problem liegt bei der Gemeinde Allschwil. Wir haben einen Umsatz von CHF 69 Millionen. Zwei Drittel davon, das sind rund CHF 46 Millionen, müssen wir mehr oder weniger schätzen. Denn für das Jahr 2006 haben wir so gut wie keine definitiven Veranlagungen. Das meiste, was für den Steuerertrag 06 eingesetzt wurde, sind provisorische Rechnungen aufgrund von Vorjahreszahlen. Da muss man einfach sehen, dass bei CHF 46 Millionen ein Prozent CHF 460'000 ist. Jetzt hatte man eine andere Ansicht und hat mehr respektive weniger abgegrenzt. Es wird sich im nächsten Jahr zeigen, denn die Veranlagungen 06 werden im Jahr 07/ 08 gemacht. Dort werden wir sehen, wie es weitergeht. Wichtig ist vor allem, dass man aufgrund des Abschlusses 06 die richtigen Schlussfolgerungen für die zukünftige Planung zieht. Etwas zeigte der Abschluss ganz massiv, dass die Gemeinde Allschwil anfällig auf Minuszahlen ist. Sobald die Ausgaben mehr steigen als geplant oder die Einnahmen weniger gross sind, kann man die ausgeglichene Rechnung nicht mehr erreichen oder sie ist zumindest stark gefährdet. Nichts desto trotz möchte ich ein ganz grosses Dankeschön an die neue Finanzchefin, Jacqueline Holzer, richten, welche sich in dieser kurzen Zeit sehr gut in die neue Materie eingearbeitet hat und wir hoffen, dass wir noch lange auf ihre Mithilfe zählen können.

**Peter von Arx**, SVP-Fraktion: Wir hörten die Berichte von Verena Meschberger, Präsidentin FiReKo, und für uns war das Resultat auch eher ernüchternd. Wir hofften, dass wir eigentlich etwas Besseres revidieren könnten. Jaqueline Holzer, HAL Finanzen-Steuern, kommt aus der Privatwirtschaft und hat ganz andere Gedanken als die Personen auf der Gemeinde. Ich kann dies nachvollziehen, dass sie bei den Bewertungen der Steuerhochrechnungen angesetzt hat und gesagt hat, dass es nicht so sein kann und wir bewerten das neu. Was schlussendlich auch vom Gemeinderat mitgetragen wurde und zum negativen Resultat beigetragen hat. Ob das jetzt richtig ist oder nicht, ist die Frage. Ich meine, dass eine realistische Beurteilung von diesen Ausständen sicher richtig ist und nicht dazu führen kann, dass wir nachher noch mehr Probleme haben. Die Zukunft wird's zeigen, ob wir die Einnahmen gemäss der Bewertung machen können. Ich weiss nicht, ob in der Politik andere Richtlinien gelten als in der Privatwirtschaft. Für die Gemeinde hat das sehr viele Konsequenzen. Nebst dem negativen Abschluss hat es sicher Einfluss auf die nächste Finanzplanung. Dort müssen wir sicher ganz massiv über die Bücher gehen. Wir haben auch einen Einfluss auf die Investitionen und wir haben bereits im letzten Jahr in der Investitionsrechnung Prioritätsänderungen gemacht, weil wir nicht mehr genug Geld für dieses Jahr hatten. Wir werden sehen, wie es dieses Jahr aussieht. Auf der anderen Seite bedeutet es eine gewisse Handlungseinschränkung des Gemeinderates, weil einfach das Geld fehlt. Und jetzt möchte ich vor allem die Linken bitten, zuzuhören. Es besteht kein Spielraum mehr für irgendwelche zusätzlichen Begehrlichkeiten. Wir haben schlicht kein Geld mehr für einen zusätzlichen Sozialbereich, für ein Thema Tempo 30 usw., es hat nicht mehr. Meine Hoffnung ist, dass wir wenigstens die notwendigen Investitionen nächstes Jahr tätigen können und dass wir die dringend notwendigen Investitionen, welche dieses Jahr anfallen, auch machen können. Der Gemeinderat und das Departement Finanzen müssten dringend über die Bücher gehen. Das Fazit der ganzen Sache: Ich hoffe, dass die Neubewertung, welche ich absolut begrüsse und man sollte es ja realistisch bewerten, in den nächsten zwei, drei Jahren Früchte tragen wird. Doch ich habe grosse Zweifel, dass die Gemeinde, die ihr obliegenden Verpflichtungen im Rahmen des Budgets, welches wir nächstes Jahr beschliessen werden, in dieser Art und Weise überhaupt noch bestreiten kann. Ich möchte mich bei der Verwaltung, dem Gemeinderat, der Abteilung Finanzen und auch bei Jacqueline Holzer, HAL Finanzen-Steuern für die tolle Arbeit bedanken. Sie hat sicher innert kurzer Zeit ein Problem aufgegriffen, welches ein Thema ist und Konsequenzen hat. Ich finde es gut, dass wir darüber sprechen können.

**Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion: Wenn man den Ausführungen von Nicole Nüssli-Kaiser, Departementvorsteherin Finanzen-Steuern, folgt, dann hat aufgrund einer Neubeurteilung der Ausstände eine Korrektur der Steuerabgrenzung, im Sinne der jährlichen Neubeurteilung stattgefunden. Wenn man aber der FiReKo zuhört, dann ist es nicht nur eine Anpassung der Steuerabgrenzung, sondern hier wird ein Systemwechsel vorgenommen. Während die Steuerabgrenzung offenbar bisher sämtliche zu erwartende Einkünfte berücksichtigt hat, strebt neu der Gemeinderat nur noch die Abgrenzung der Einkünfte vom Folgejahr an. Bereits wird in Erwägung gezogen, dass nur noch effektiv eingemommene Steuereinträge berücksichtigt werden, wie sie auf S. 4 des Berichts des Gemeinderates lesen können. Für was machen wir ein Budget, wenn nachher der Gemeinderat die Spielregeln ändert und damit das Budget ad absurdum führt? Ein Vergleich zwischen der Rechnung und dem Budget ist nicht mehr möglich. Ich bin bereit ein Systemwechsel zu diskutieren, ich finde die vom Gemeinderat genannten Erwägungen sogar sehr interessant. Es führt dazu, dass man zukünftig für das nächste Jahr nur das ausgibt, was man auch effektiv im Sack hat. Doch die Art und Weise stört mich. Durch den Wechsel mitten im Jahr, es wurde einerseits einmal das Budget bewilligt und jetzt bekommen wir eine ganz andere Rechnung präsentiert, unterwandert der Gemeinderat die Budgethoheit des Einwohnerrates. Korrekt wäre gewesen, diesen Systemwechsel anlässlich des Budgets vorzuschlagen, da gäbe es im Dezember wieder die Gelegenheit dazu. Der Einwohnerrat hätte dann das entsprechend angepasste Budget diskutieren und genehmigen können. So aber will uns der Gemeinderat nach Gutdünken in den kommenden Jahren eine Rechnung präsentieren, welche nicht mit dem Budget korreliert, weil er wieder an den Spielregeln herumgeschraubt hat. Ich formuliere es bewusst böse und pointiert. Der Gemeinderat unterwandert die Budgethoheit des Einwohnerrates, dies darf er nicht akzeptieren. Eine Fraktionsminderheit empfiehlt ihnen darum, die Rechnung nicht zu genehmigen.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Departementsvorsteherin Finanzen-Steuern: Jetzt muss ich doch noch einmal das Wort ergreifen. Ich möchte zwar keine steuerrechtliche Debatte führen, was Steuerabgrenzungen sind und was sie nicht sind. An Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion: Entweder hast Du vorher nicht zugehört oder du begreifst es nicht. Bei der Steuerabgrenzung geht es einzig darum, dass der Gemeinderat abschätzen muss, wie viel Steuern noch für das Jahr hereinkommen, für welches wir den Rechnungsabschluss machen. Hier ganz konkret im Jahr 2006 müssen wir uns überlegen, wie hoch die zu erwartenden Steuereinnahmen sind, welche erst im Jahre 2007 hineinkommen, aber das Jahr 2006 betreffen. An dieser gedanklichen Überlegung hat sich überhaupt nichts geändert. Darum ist es auch kein Systemwechsel, auch wenn ihr das nicht begreifen wollt. Es ging immer nur um diese Thematik. Und das andere noch an Jean-Jacques Winter, SP/EVP-Fraktion: Die Steuerabgrenzung ist eine Abschlussbuchung. Ende Jahr, wenn der Rechnungsabschluss noch nicht ganz fertig ist, wenn die Buchungen alle gemacht sind, stehen immer noch die Abschlussbuchungen bevor. Das wissen alle, die sich um Steuern respektive um einen Buchhaltungsabschluss gekümmert haben. Immer am Schluss muss man die Abschlussbuchungen vornehmen. Zu diesen Abschlussbuchungen gehören auch die Steuerabgrenzungen. Das ist das gleiche wie transitorische Aktiven / transitorische Passiven. Da muss man sich auch überlegen, kommen noch Rechnungen im nächsten Jahr, welche eigentlich das Vorjahr betreffen. Das ist das gleiche bei den Steuerabgrenzungen und darum mussten wir das zwingend beim Rechnungsabschluss diskutieren, der Zeitpunkt war vorgegeben. Es ist nicht der Gemeinderat der wahllos findet, das ist lustig, das müssen wir jetzt thematisieren. Ich hoffe, dass es jetzt begriffen worden ist, wenn nicht, gebe ich gerne nochmals Nachhilfeunterricht.

**Verena Meschberger**, Präsidentin FiReKo: So wie es jetzt klingt, sieht es so aus, als wenn ich Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, mit falschen Informationen gefüttert hätte. Ich möchte mich dagegen wehren. Wir führten extrem intensive Diskussionen mit Nicole Nüssli-Kaiser und Jacqueline Holzer. Und die Ansicht der FiReKo wird von unserem Revisor, Hans-Peter Frischknecht, unterstützt. Er hat in die gleiche Richtung wie Thomas Pfaff, SP-Fraktion, votiert. Und ich will weder Jacqueline Holzer noch Nicole Nüssli-Kaiser mangelnde Fachkenntnisse unterschieben. Beide sind qualifiziert. Jacqueline Holzer, ist hochqualifiziert. Nicole Nüssli-Kaiser ist Juristin und hat sich super in das Finanzgeschäft einer Gemeinde eingearbeitet, seit sie das Departement übernommen hat. Trotzdem, das was Nicole Nüssli-Kaiser gesagt hat, hat nicht so in der Diskussion stattgefunden. Es ist mir aber daran gelegen, Thomas Pfaff, SP-Fraktion, nicht in ein falsches Licht zu setzen wegen Informationen, die er vermutlich von mir bekommen hat, da ich in der gleichen Fraktion sitze wie er. Es geht darum, wie macht man eine Abgrenzung. Und auch die FiReKo ist eindeutig der Meinung, dass man über Abgrenzungen diskutieren muss, kann und soll. Die FiReKo hat einzig damit ein Problem, dass in einem Satz so viel abgeändert wurde gegenüber den früheren Jahren. Dort stimmte die Abgrenzung vom Budget und vom Abschluss plus/minus überein. Dieses Jahr wurde es mit Absicht ganz anders. Darum hat Thomas Pfaff, SP/EVP-Fraktion, schon Recht, wenn er sagt, dass die Budgethoheit des Einwohnerrats unterwandert wird, wenn plötzlich die Abgrenzungen anders festgelegt werden. Auch wenn nach der Meinung des Gemeinderates und in seiner Verantwortung liegend, die Situation sich offensichtlich verändert hat gegenüber dem was jahrelang in dieser Gemeinde gehandhabt wurde.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion: Ich habe so lange gewartet, bis ich mich zu Wort gemeldet habe, dass ich das, was ich gestern Abend vorbereitet habe, in den Abfall werfen kann. Gott sei Dank, ist mir heute Mittag noch ein guter Gedanken gekommen. Ich wusste ja, dass wir heute Abend über die Steuerabgrenzungen und die zu erwartenden Steuereinnahmen diskutieren werden. Nicole Nüssli-Kaiser hat einen hervorragenden Vortrag gehalten. Jeder sah, was für Auswirkungen diese Million hat: Abbau des Eigenkapitals, mehr Schulden usw. Ich möchte spontan Folgendes sagen: Die Million minus ist für die Gemeinde Allschwil schlecht, dies haben auch schon meine Vorredner gesagt. Auch ein schlechter Finanzhaushalt ist für ein attraktives Allschwil nicht das Gelbe vom Ei, dieser Rechnungsabschluss, den wir heute Abend präsentieren. Daher auch meine kritische Frage: Was hat der Gemeinderat gedacht, als er diesen Entscheid gefällt hat? War sich der Gemeinderat der Auswirkungen dieses Ergebnisses

bewusst? Ich habe heute Mittag beim Kanton Basellandschaft unter Medieninformationen der Finanz- und Kirchendirektion nachgeschaut. Es ist zwar schon alt, vom 29. März 2007. Die Finanz- und Kirchendirektion schreibt in ihrer Medieninformation: Baselbieter Staatsrechnung 2006 - Zweiter guter Rechnungsabschluss in Folge. Der Kanton, unser Vorbild, macht zum zweiten Mal einen guten Rechnungsabschluss. Dies freut mich ungemein. Und wenn man dann weiter unten liest: Die gesamten Erträge liegen um CHF141 Millionen oder um 5.6% über den Budgeterwartungen. Hiervon entfallen CHF 61 Millionen Franken auf Steuererträge aus den Vorjahren. Die CVP stimmt dieser Rechnung zu. Aber für mich besteht doch ein Fragezeichen, ob wir richtig in der Landschaft stehen, denn die Steuerrechnungen der Gemeinde Allschwil gehen in Prozenten der Staatssteuerrechnung raus, habe ich recht oder nicht? Ich meine, ich habe Recht! Man darf nicht ausser Acht lassen, dass der Sachaufwand im Griff behalten wurde. Es geht auch ein Dank an Jacqueline Holzer, HAL Finanzen-Steuern, sie hat im November das Amt angetreten und hatte das Pech, dass es in ihrer Abteilung noch zu Personalmutationen kam. Sie hatte mit der Einarbeitung und mit dieser Rechnung noch eine grosse Arbeit vollbracht.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich habe gemeint, etwas begriffen zu haben, dass ein Budget und eine Rechnung zusammen gehören. Offensichtlich habe ich mich da getäuscht. Es steckt eine riesige Arbeit sowohl hinter einem Budget als auch hinter einer Rechnung des betreffenden Jahres. Für mich hat ein Budget immer als Planungsgrundlage, als Richtlinie gegolten. Wie gut diese dann erfüllt worden ist, zeigt dann die Rechnung. Logischerweise unter Verwendung der gleichen Berechnungsmodalitäten, sonst vergleichen wir nicht mehr Äpfel mit Äpfel, sondern Birnen mit Äpfeln. Es macht mich stutzig, dass jetzt in Allschwil die Arbeit des Budgetstellens zu einem wichtigen Teil einfach ausser Acht gelassen worden ist. Aber so kann man die Rechnung nicht mehr in Relation zum Budget bringen. Wieso nicht warten mit der Änderung der Steuerabgrenzung bis zum nächsten Budgetrechnungszyklus, wo man Birnen mit Birnen vergleichen kann. Ich wünsche mir einfach, dass in Zukunft die Reihenfolge eingehalten wird und dass man die entsprechenden Kommissionen zukünftig in die Arbeit miteinbezieht.

---

Protokoll durch A. Weis weitergeführt

Es folgt die Lesung der Jahresrechnung nach Oberkonti durch **Felix Keller**, 2. Vizepräsident:

### **Laufende Rechnung**

0 Allgemeine Verwaltung  
1 Öffentliche Sicherheit

Keine Wortmeldung

2 Bildung, S. 31

**Verena Meschberger**, Präsidentin Finanz- und Rechnungsprüfungskommission: Wir geben dem Revisor jeweils den Auftrag bei den einzelnen Departementen im Turnus die Revision noch etwas genauer zu machen als normal. Dieses Jahr ist die Bildung dran gewesen. Es gibt im Kindergarten, der Primarschule und der Sekundarschule Positionen, wo es bei den ausserordentlichen Ausgaben (Projekte, Schulreise, Lager) jeweils grössere Abweichungen zu den Budgetpositionen gibt. Dies hat mich dahin gebracht, den Auftrag an den Revisor zu erteilen, dies genauer anzuschauen. In dieser Revision ist herausgekommen, dass die Abteilung Bildung-Erziehung-Kultur Beträge und überhaupt sehr sorgfältig budgetiert. Es geht darum, dass jede Klasse verhältnismässig zu ihrer Schüleranzahl einen gewissen Betrag für die Aktivitäten zur Verfügung gestellt bekommt. Dann kommt es natürlich darauf an, ob die Lehrer ihr Budget ausnützen können oder wollen. Es ist nicht so, dass nicht verwendete Budgetbeträge für Aktivitäten einer anderen Klasse verwendet werden dürfen. Es ist sehr wichtig das

aufzuzeigen. Die Revision geht hier sehr genau vor. Ein Kompliment an die Abteilung Bildung, Erziehung und Kultur! Die Budgetierungsarbeit wird sehr sorgfältig gemacht.

- 3 Kultur und Freizeit
- 4 Gesundheit
- 5 Soziale Wohlfahrt
- 6 Verkehr
- 7 Umwelt und Raumplanung
- 70 Wasserversorgung
- 71 Abwasserbeseitigung
- 72 Abfallbeseitigung
- 8 Volkswirtschaft
- 9 Finanzen und Steuern

Jeweils keine Wortmeldungen

### **Investitionsrechnung**

- 0 Allgemeine Verwaltung
- 1 Öffentliche Sicherheit

**Franziska Pausa**, SP/EVP-Fraktion, fragt zur Feuerwehr: Es sind im Voranschlag CHF 100'000.-- und CHF 180'000.-- in der Rechnung. Warum ?

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Ich kann dazu im Moment keine konkrete Auskunft geben. Der zuständige Departementsvorsteher Roman Meury kommt heute etwas später an die Sitzung. Ich weiss nur, dass der Budgetbetrag von CHF 100'000.-- noch nicht ganz ausgegeben ist. Man hat noch etwa CHF 50'000.-- zur Verfügung.

- 2 Bildung
- 3 Kultur und Freizeit
- 4 Gesundheit
- 5 Soziale Wohlfahrt
- 6 Verkehr
- 7 Umwelt und Raumplanung
- 9 Finanzen und Steuern

Jeweils keine Wortmeldungen

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion, fragt: Mittlerweile ist man beim Kreisel Binnerstrasse bei CHF 918'000.-- gegenüber ursprünglich CHF 520'000.-- im Budget und CHF 800'000.-- in der letzten Rechnung. Ich bitte die Landräte darum, beim Kanton abzuklären, wie es zu dieser Abweichung kommen kann. Hier erwarte ich eine Antwort. Eine Abweichung von 76% ! Da muss man dran bleiben.

**Kurt Kneier**, CVP-Fraktion, richtet das Wort an Franziska Pausa, SP/EVP-Fraktion, zu ihrer Frage betreffend Kosten Feuerwehr: Auf Seite 118 gibt es eine Erläuterung zu dieser Position.

Keine weiteren Wortmeldungen.

://:

Die Jahresrechnung der Einwohnergemeinde Allschwil für das Jahr 2006 wird **mit 27:6 Stimmen genehmigt.**

**3. a) bis c) Berichte des Gemeinderates, der  
Geschäftsprüfungskommission und der Finanz- und  
Rechnungsprüfungskommission zur Kostenrechnung und den  
Leistungsberichten 2006  
Geschäft 3704 A/B/C**

---

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Es liegt ihnen ein umfangreiches Werk vor, in dem ersichtlich ist, was in Allschwil zu welchem Preis geliefert wird. Der Leistungskatalog basiert auf Zahlen, Daten und Fakten. Wir haben damit eine Transparenz und Perfektion im System erreicht, die einzigartig ist. Wie kann man das System noch verbessern? Diese Frage ist in der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission aufgetaucht. Weiter auch, ob die Kontenrahmen weiterhin überprüft werden müssen. Hier stelle ich fest, dass die Kostenträger und die Kostenstellenpläne zusammen mit der Arbeitszeiterfassung laufend überarbeitet werden. Dies wird regelmässig gemacht, im normalen Arbeitsablauf. Eine abstrakte Überprüfung und Änderung ist nicht angezeigt. Die Problematik ist, dass zu viele Änderungen über die Jahre hinweg auf Kosten der Transparenz gehen. Darum will man zurückhaltend sein, mit einer allzu schnellen Anpassung von Kostenträgern und Kostenstellenplänen. Im Gemeinderat wird man sich aber selbstverständlich mit der Thematik weiterhin befassen.

**Verena Meschberger**, Präsidentin Finanz- und Rechnungsprüfungskommission (FiReKo), zum Bericht der FiReKo 3704 B: Zum Thema WOV (Wirkungsorientierte Verwaltung) gibt es aus Sicht der FiReKo wenig zu sagen. Das Konzept von Markus Rudolf-von-Rohr zur Übergabe der Zahlen aus der Finanzbuchhaltung in die Kostenrechnung und auch das Konzept der FiReKo zur Prüfung der Kostenrechnung hat sich bewährt. Die anschliessende Prüfung ist korrekt und fehlerfrei abgelaufen. Dank an die Verwaltung. Die FiReKo hat dieses Jahr den Revisor beauftragt, die Übernahme der Daten aus der Zeiterfassung (Time-Packer) genauer anzuschauen. Dies hat man bei 12 verschiedenen Mitarbeitern gemacht. Gab es letztes Jahr noch bei einem Mitarbeiter wegen mangelnder Schulung Schwierigkeiten, so kann dieses Jahr festgestellt werden, dass alles in Ordnung ist. Aus Sicht der FiReKo ist das Zeiterfassungssystem ein sehr gutes Instrument, um die Kosten für die einzelnen Leistungen zu erfassen. Damit kann man auch prüfen, ob die Leistungsaufträge noch aktuell sind und sie allenfalls anpassen. Die Subkommissionen haben drei Leistungsaufträge genauer überprüft, bei denen die Kostenrechnung fast 1:1 mit der Finanzbuchhaltung übereinstimmen sollte. Auch hier hat das gestimmt. Die FiReKo empfiehlt die Kenntnisnahme der Kostenrechnung. Herzlichen Dank an alle, die beim Thema WOV aktiv gewesen sind.

**Thomas Pfaff**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission: Meine Vorrednerin hat es bereits gesagt. Die GPK hat dieses Jahr ihre Stichproben auf drei Leistungsaufträge focussiert. Die GPK hat sie im Bericht bewusst von den Detailfragen und den Detailantworten verschont. Mit den Antworten war die GPK zufrieden. Im Bericht habe man versucht, die grossen Zusammenhänge darzustellen. Dies auch im Hinblick darauf, dass man die Leistungen und den Finanzbedarf beurteilen kann. Man hat das Wasserleistungs- und das Abwasserleitungsnetz angeschaut, dies mit den entsprechenden Leistungsaufträgen zusammen. Die Wasserleitungen sind Tag und Nacht unter Druck und haben einen kleinen Durchmesser. Daher kann man diese nicht von innen anschauen. Das heisst, der Zustand der einzelnen Leitungen kann nur geprüft werden, wenn die Leitungen ohnehin im Zusammenhang mit einem Schaden, mit Sanierungen oder dergleichen ausgewechselt werden müssen. Dann muss man entscheiden, ob man nur lokal etwas macht, oder komplett einen Strassenzug sanieren muss. Anders die Abwasserleitungen. Hier kann man eine Zustandsbeurteilung viel einfacher, mit Kanalrobotern, machen. Diese Überprüfung findet alle 10 Jahre statt und findet im Moment gerade wieder statt. Die GPK hat zur Kenntnis genommen, dass man die *nicht dringenden* Sanierungen eher etwas vernachlässigt hat. Die Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt geht davon aus, dass sich der Zustand der Leitungen gegenüber dem Stand von vor 10 Jahren leicht verschlechtert hat und der Sanierungsaufwand entsprechend höher ist. Der jetzige Gemeinderat und der jetzige

Hauptabteilungsleiter haben die Absicht, die Sanierung gemäss den Empfehlungen des Fachverbandes und anhand der Prioritätenliste durchzuführen. Es besteht die Absicht, also der Wille ist da, aber es geht hier um die Finanzen. Es liegt am Budget. Alle Hauptabteilungen haben Wünsche und Dringlichkeiten, die befriedigt werden wollen. Das heisst mit anderen Worten, für die notwendigen Sanierungsarbeiten müssten entsprechende Gelder mit dem Budget bewilligt werden. Insofern ist unser Leitungsnetz in Gefahr, in vollem Bewusstsein der Notwendigkeit aber mangels finanzieller Mittel, in den nächsten Jahren in einen schlechteren Zustand zu geraten. Ergänzend zum Votum von Gemeindepräsident Anton Lauber ist es richtig, dass man nicht ständig Änderungen an den Indikatoren der Leistungsrechnung vorzunehmen hat, um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten. Hingegen hat die GPK festgestellt, dass trotzdem eine gewisse Zögerlichkeit der Hauptabteilungsleiter besteht, dem Gemeinderat Antrag zu stellen, Indikatoren zu ändern oder zu streichen, auch wenn es sinnvoll wäre. Dies führt dazu, dass unterm Strich dann doch nichts passiert oder hinausgezögert wird. Die GPK möchte den Gemeinderat ermuntern, dass man, wenn man erkennt, dass einzelne Indikatoren für die Leistungsrechnung ungeeignet sind, diese dann doch ändert.

EINTRETEN unbestritten.

**Sarah Lorenz**, CVP-Fraktion: Thomas Pfaff hat eine gute Zusammenfassung gebracht. Aus meiner Sicht und der Sicht der CVP liegt mir viel daran, betreffend der Produktgruppe, die wir geprüft haben, auch mal dem Hauptabteilungsleiter Tiefbau/Umwelt Andres Linder ganz herzlich zu danken für seine Bemühungen, die er gemacht hat. Wir wissen, dass er sehr viel zu tun hat. In der Befragung - ich muss zugeben, ich bin an dem Tag nicht dabei gewesen - hat er sehr umfassend Auskunft gegeben, über die drei Produktgruppen und eine ganz genaue Darstellung gemacht. Es liegt mir sehr viel daran, mich nochmals für die tolle Arbeit zu bedanken, die er dort leistet.

**Alice Märky**, FDP-Fraktion: Das meiste ist schon gesagt worden. Es ist nochmals zu erwähnen, dass die Verantwortlichen der Produktgruppen sehr sorgfältig arbeiten. Es ist auch mit offenen Karten gespielt worden, nichts wurde verdeckt. Gewisse Sanierungen müssen wirklich irgendwann gemacht werden. Ich hoffe nur, dass es keine Wasserrohrbrüche gibt, und man dann soviel ausgeben muss, was eigentlich gar nicht geplant ist. Auch von mir Dank an alle Hauptabteilungsleiter und an Thomas Pfaff, der sich sehr eingesetzt hat.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion, dankt dem Gemeinderat und den Hauptabteilungen. Positiv erwähnen möchte ich Kapitel 6.1. und 6.2: Umsetzung und Empfehlungen der GPK aus dem Jahr 2005 und die Downloadfähigkeit der Leistungsberichte als pdf.file. Dies fördert die Transparenz und ermöglicht so auch, Einblick zu nehmen. Herzlichen Dank für die gute Zusammenarbeit.

Antrag des Gemeinderates:

://: Der Bericht des Gemeinderates betreffend Kostenrechnung und Leistungsberichte 2006 wird **mit 37:0 Stimmen zur Kenntnis genommen.**

Antrag der Geschäftsprüfungskommission:

://: Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission betreffend Leistungsberichte 2006 wird **grossmehrheitlich zur Kenntnis genommen.**

PAUSE

**4. Berichte des Gemeinderates vom 01.03.2007 und der Geschäftsprüfungskommission vom 04.06.2007 betreffend  
Geschäftsberichte 2006 des Gemeinderates, der Schulräte  
und der übrigen Behörden. Geschäft 3703 /A**

---

**Dr. Anton Lauber**, Gemeindepräsident: Ich habe mir zum Ziel gesetzt, sie, verehrte Anwesenden, zu Gunsten unseres schönen und wohnlichen Allschwils ein wenig aufzuwecken. Der Geschäftsbericht ist durchwegs positiv. Allschwil wird überall im Kanton und auch überregional als sehr fortschrittliche Gemeinde wahrgenommen. Es scheint zwar vielmals, als ob es anders wäre. Aber dies ist nicht so. Auch mit der Jahresrechnung 2006 die heute verabschiedet wurde. Letztes Jahr konnten wir 1,8 Mio. Gewinn ausweisen, da hat uns niemand „Dankeschön“ gesagt. Jetzt haben wir rund eine Million minus gemacht und dann heisst es: „schlimm, das Image leidet, wir gehen unter“. Nein, wir gehen nicht unter. Das sag ich Ihnen. Man darf jetzt nicht auf Angst und Panik machen. Man muss auf dem Boden der Realität bleiben. Allschwil will nur Klarheit - für Sie und für uns. Alles ist in Bewegung, im Kanton und im Bund. Die Steuergesetzrevision steht an, der NFA, es gibt neue Aufgaben für die Gemeinden. Von einer Bibliothek ist die Rede, Tempo-30, Tagesschule etc. Wenn man heute nicht die Weichen für die Finanzen stellt, dann wird man von alledem nichts realisieren können. Dies ist der Grund, warum der Gemeinderat nur mit Fakten arbeiten will und sich nicht von politischen Wünschen leiten lassen will. Genau das ist das Thema: Sollten die Steuerabgrenzungen diesmal wirklich falsch oder zu tief gewesen sein, dann wird Allschwil in der nächsten Rechnung viel besser abschneiden, als erwartet. Dann kommt das Geld, mit dem der Gemeinderat nicht gerechnet hat. Ich verwahre mich gegen den Vorwurf, der Gemeinderat würde das Ergebnis extra drücken. Man geht allen Anliegen mit Akribie nach. Der Geschäftsbericht gibt einen guten Überblick über die Arbeit der Verwaltung und des Gemeinderates. Ich danke allen Beteiligten. Insbesondere jedoch den Damen und Herren der Verwaltung. Diese verdienen meine allerhöchste Achtung und Wertschätzung. Sie bieten eine sehr gute Qualität ihrer Arbeit, den Vergleich mit der Privatwirtschaft muss man nicht scheuen. Dies entgegen der teilweise verbreiteten Meinung. Auch Dank an die Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat. Es macht echt Spass, mit ihnen zusammenzuarbeiten. Der Bericht der GPK liegt ihnen vor. Ich bin froh, dass man einzelne Aspekte aus der Verwaltungstätigkeit herausgreift und genauer überprüft. Insbesondere sind die Wirtschaftsförderung und die Steuereinnahmen ein Thema. Der Gemeinderat wird im Workshop diesen Punkten besondere Achtung schenken. Es hängt sehr viel von unseren künftigen Investitionen und Ausgaben ab, wie viele Steuereinnahmen wir dann von den juristischen Personen einnehmen werden. Summa summarum freut es mich auch, dass ein ehemaliger Kritikpunkt der GPK, der fehlende Sicherheitsbeauftragte, im Sinne der GPK bereinigt werden konnte. Dies zeigt auch, dass wir gewillt sind, die Anregungen der GPK aufzunehmen und umzusetzen. In diesem Sinne beantragt der Gemeinderat, den Geschäftsbericht zur Kenntnis zu nehmen.

**Thomas Pfaff**, Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Im Vorfeld habe ich gehört, dass der Geschäftsbericht wie immer sei: nicht besonders spannend. Ich möchte dem widersprechen. Ein Geschäftsbericht soll weder besonders unterhaltend noch besonders kreativ sein. Soweit die GPK dies beurteilen kann, reflektieren die Geschäftsberichte alle der tatsächlichen Tätigkeit innerhalb des Geschäftsberichts. Alle Berichte sind in einem angemessenem Umfang und Rahmen verfasst. Genau so soll es sein. Wir danken allen Behörden und Departementen für ihren Bericht. Anlässlich der Jahresrechnung 2006 hat Andreas Bammatter die Position „Kreisel Grabenring“ angesprochen. Ich kann hier bestätigen, dass anlässlich der Diskussion die GPK auch davon ausgegangen ist, dass es sich um Mehrkosten von CHF 300'000.-- handle. Über die zusätzlichen Mehrkosten in der Rechnung weiss die GPK nicht Bescheid, weil wir dies erst nachträglich zur Kenntnis gebracht bekommen haben. Die Mehrkosten sind sehr erschreckend und teilweise schlüssig erklärbar.



EINTRETEN unbestritten

Detailberatung:

**Peter Humbel**, SP/EVP-Fraktion: Wir möchten dem Gemeinderat und den anderen Behörden für den informativen und umfangreichen Geschäftsbericht danken. Die Mitglieder des Einwohnerrates sind mit dem Bericht gut dokumentiert. Natürlich liegt es in der Natur der Sache, dass nicht immer alle Fragen restlos beantwortet werden können. Die Debatte heute Abend kann da vielleicht Klarheit bringen. Noch ein paar Worte zum Bericht Finanzen und Steuern: Wir sind der Auffassung, dass sich grosse Teile des Berichts mit Zahlen und Perspektiven aus der Tätigkeit des Jahres 2007 und ausblickend zum Teil bis ins Jahr 2010 befassen. Diese Punkte sind aber bereits an der Einwohnerratssitzung vom 17.01.2007 mit dem Finanzplan beraten worden. Unserer Auffassung nach gehören diese Ausführungen eigentlich in den Tätigkeitsbericht des Jahres 2007. Unter Punkt 5 des Berichts Finanzen und Steuern (S.30) steht, dass der Hauptabteilungsleiter in Pension gegangen ist. Es wird hier kein Name genannt und nicht einmal ein Wort des Dankes wird zum Ausdruck gebracht. Dies ist gegenüber Herrn Hürzeler (ex-HAL Finanzen/Steuern) ein stillloses Vorgehen. Zusammenfassend danke ich nochmals allen Beteiligten.

**Alice Märky**, FDP-Fraktion: Zum Bericht der GPK ist zu sagen, dass die Gespräche mit den Departementsvorstehern und den Hauptabteilungsleitern sehr gut gewesen sind. Gewisse Sachen sind noch schwierig. Zum Beispiel das Nachtflugverbot, dies ist schwer einzuhalten. Der Gemeinderat hat uns aber versichert, dass er sehr darauf bedacht ist, die Zeiten nach Möglichkeit einzuhalten. Vor allen Dingen möchte ich zur Befragung der Schulräte etwas ergänzen. Der Schulrat der Sekundarschule hat sofort Subkommissionen gegründet und jede dieser Kommissionen hat Betreuungsfelder gehabt. Dies hat mich sehr beeindruckt. Auch herzlichen Dank an Thomas Pfaff. Der Geschäftsbericht ist sehr, sehr gut.

**Sarah Lorenz**, CVP-Fraktion: Ich bin auch sehr mit den Geschäftsberichten zufrieden. Sie sind umfangreich und doch gut lesbar. Sie sollen auch weiterhin so beibehalten werden.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Eine Ergänzung zum Nachtflugverbot ist hier noch anzubringen. Von 22.00 Uhr bis 07.00 Uhr morgens gilt das Nachtflugverbot. Es ist wichtig, dass diese Zahlen hier genannt werden, damit man auch in 5 Jahren dies noch nachvollziehen kann.

**Basil Kröpfli**, SVP-Fraktion: Die fulminante Grundsatzrede des Gemeindepräsidenten stimmt uns sehr positiv. In Bezug auf den Geschäftsbericht will ich nur sagen, dass er sehr informativ und übersichtlich ist. Pflichtlektüre für jeden Einwohnerrat und auch für jeden Bürger in Allschwil sehr interessant. Damit können viele Fragen geklärt werden.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Jetzt ist das Thema Flughafen in die Runde geworfen worden. Es ist ja schön, wenn man von 22.00 bis 07.00 keinen Lärm hat. Wie ist es aber, wenn man zum Beispiel mit dem Flugzeug heimkommen will, es Verspätung hat und es dann heisst, dass man leider nicht mehr umsteigen kann, weil das Flugzeug zu spät über Allschwil hereinkommt. Dann muss man irgendwo übernachten. Am Anfang haben wir über die Dringlichkeit befunden, ob die Trämli länger abends nach Allschwil fahren sollen. Das haben wir für nicht dringlich befunden. Das Trämli macht auch Lärm. Am Ende wird noch ein Nachtfahrverbot für Trämli gemacht, obwohl die Jungen wünschen, abends noch mit dem Trämli nach Allschwil fahren zu können. Wir wohnen nun halt mal in Allschwil mit den Flugzeugen über dem Kopf. Man muss auch mal das Positive sehen. Die Flugzeuge werde immer leiser. Wir haben nicht mehr die Lärmimmissionen, wie sie noch vor Jahren bestanden. Und am morgen um 06.00 Uhr läuten die Kirchenglocken am Hegenheimerweg. Die dürfen läuten, aber das Flugzeug darf erst um 07.00 Uhr am morgen kommen? Es gibt auch Auswirkungen auf Basel, wenn die Flugzeuge nachts nicht mehr landen dürfen. Die Buslinie 50 fährt dann auch nicht mehr an den Flughafen. Die Leute haben dann auch keine Möglichkeit mehr, mit dem ÖV zum Spielcasino zu kommen.

Lesung des Geschäftsberichts 2006 (kapitelweise) durch Felix Keller, 2. Vizepräsident :

S. 5 bis S. 43

KEINE WORTMELDUNGEN

S. 44 Bildung Erziehung Kultur :

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Viele hier drinnen wissen, dass ich das Herz an die Jugend von Allschwil verloren habe. Ich habe mit den entsprechenden Leuten Rücksprache gehalten. Ich hätte gerne ein Leistungspostulat formuliert, man hat mir aber nahe gelegt, ich solle es lieber in Form eines Statements heute machen. Es macht mich traurig, dass in dem schönen Bericht - er ist schön zum Anschauen und auch zum Durchblättern - so wenig Platz für die Jugend von Allschwil und für die Jugendarbeit ist. Nur im Zusammenhang mit dem Begegnungszentrum können die Gedanken ein bisschen über den Bachgraben schweifen. Aber im Jugendfreizeitheim und auf dem Robi schafft man seit Jahren mit dem praktisch gleichen Budget und Personalbestand und versucht so dem ständig zunehmenden Interesse der Jugend gerecht zu werden. Jahr für Jahr kann man lesen, dass das Interesse der Jugendlichen immer mehr wächst. Es passiert einfach irgendwie nichts. Es gibt keine Antwort darauf. Für mich ist die Arbeit im Jugendfreizeitheim nachhaltige Arbeit. Für die Zukunft von Allschwil, auch für zukünftige Generationen. Mir wäre es deshalb wichtig, wenn die Jugendarbeit mindestens gleich sichtbar wertgeschätzt wird, wie die Arbeit im Heimatmuseum oder die Wirtschaftsförderung. Es ist eine geniale Arbeit, die der Heinz Kraus mit seinem Team macht.

S. 47 Soziale Dienste Gesundheit:

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Auch hier nochmals das Gleiche. Kein Leistungspostulat, ein Statement. Mir wäre es wichtig zu sagen, dass die Erhöhung um 100 Stellenprozente, die seit April läuft, erfreulich ist. Dies ist eine Erleichterung. Ich habe aber im Geschäftsbericht gelesen, dass neue Aufgaben auf die Sozialen Dienste zukommen. Mit der neuen Gesetzesänderung, dass nämlich häusliche Gewalt ein Officialdelikt wird, werden sämtliche Bereiche betroffen. Die Förderung von Integrationsmassnahmen soll übernommen werden, dann wurde jetzt am Sonntag abgestimmt (IV-Revision, Anm. des Protokollführers). Es ist bekannt, dass dies jedes Mal eine Welle von Angst und Verzweiflung und Sorgen auslöst. Spätestens ab 2008 wird es eine deutliche Steigerung von Menschen geben, die Hilfe und Beratung brauchen, in den Behörden und in den Sprechstunden. Ich weiss, dass jetzt im 2007 wieder ein Kennzahlenvergleich durchgeführt wird. Ich werde mich dann gerne im Juni 2008 nochmals mit einem Leistungspostulat melden. Ursprünglich haben die Sozialen Dienste immer eine 200 Stellenprozent-Erhöhung erwünscht. Wir haben jetzt zwar eine Erleichterung in diesem dramatischen Kennzahlenvergleich, aber es wird wieder strenger.

S. 48 bis S. 71 (Ende Geschäftsbericht):

KEINE WEITEREN WORTMELDUNGEN

Auf Nachfrage von **Verena Meschberger**, SP/EVP-Fraktion, erläutert der Präsident **Christoph Morat**, dass nur über die abzuschreibenden Vorstösse abgestimmt wird. Die pendenten Vorstösse bleiben weiterhin pendent und es wird über diese keine Abstimmung durchgeführt.

://:

### **Geschäft 3703 /A**

Der Geschäftsbericht 2006 wird **einstimmig zur Kenntnis** genommen.

Im Zusammenhang mit dem Geschäftsbericht wird folgender persönliche Vorstoss **als erledigt abgeschrieben**:

**Geschäft 3680**

Postulat von Basil Kroepfli, SVP-Fraktion, vom 13.09.2006, betreffend „Versand von Medienmitteilungen der Gemeinde per e-mail“

Der Bericht der Geschäftsprüfungskommission zum Geschäftsbericht 2006 wird **mit 35:0 Stimmen zur Kenntnis** genommen.

Der Präsident **Christoph Morat** beschliesst den ersten Sitzungsteil der 30. Sitzung des Einwohnerrates vom 19./20.06.2007 um ca. 20.30. Uhr.  
Fortsetzung morgen, 20.06.2007, 18.00 Uhr.

FORTSETZUNG der Einwohnerratssitzung

**Neue Vorstösse:**

Postulat von **Sarah Lorenz**, CVP-Fraktion, zu den Auswirkungen der neuen Integrationspolitik von Bund und Kanton auf die Gemeinde Allschwil (Geschäft 3738).

**Info-Fenster** des Gemeinderates:

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung: Bei der Behandlung der Jahresrechnung und im Zusammenhang mit dem Feuerwehrmagazin wurde gestern Abend (19.06.07) eine Frage von Franziska Pausa gestellt. Hier meine Antwort: In der Rechnung 2005 ist unter dem Konto 140-500.301 *Feuerwehrmagazin Planung* ein Betrag von CHF 200'000.-- eingestellt. Effektiv gebraucht wurden im Jahr 2005 CHF 67.40. Dies hat einen Restkredit von CHF 199'932.60 für das neue Jahr gegeben. Im Jahr 2005 hat man einen Kommentar dazu geschrieben: „Das Honorar für Phase 1 wird erst im folgenden Jahr fällig“. Unter der Position in der Rechnung 2006 hat man neu die CHF 100'000.-- dazu gerechnet, was der Einwohnerrat bewilligt hat. Dies ergibt dann rund CHF 300'000.-- . Auf S. 84 der Jahresrechnung sieht man die Ausgaben von CHF 67.40 und von CHF 180'000.-- für das Architektenhonorar, welches nicht in Tranchen sondern auf einmal ausgegeben wurde. Dies ergibt dann einen Rest von CHF 119'933.--. Die Tranche für das Jahr 2007 sind dann die CHF 100'000.-- .

278      01.030      Einwohnerrat

**1. Wahl der Mitglieder des Büros des Einwohnerrates für die Amtsperiode 2007/2008**

---

Die Wahlen für das Büro des Einwohnerrates werden während der Behandlung der einzelnen Sachgeschäfte durchgeführt. Nachfolgend werden die Voten zu den Wahlvorschlägen und die Wahlergebnisse zusammenhängend wiedergegeben.

**Wahl des Büro des Einwohnerrates**

**Wahl des Präsidenten / der Präsidentin des Einwohnerrates**

Ausgeteilte Stimmzettel:	33
Eingegangene Stimmzettel:	33
Davon leer und ungültig:	2
Gültige Stimmen:	31
Absolutes Mehr:	16



280      01.030      Einwohnerrat  
          12.600      Öffentlicher Verkehr  
          12.620      Bus

**6. Postulat vom 23.05.2007 von Felix Keller, CVP-Fraktion,  
betreffend Verlängerung der Buslinie 38 zum  
Bahnhof Basel SBB**

**Geschäft 3730**

---

**Felix Keller**, CVP-Fraktion: Gemäss Medieninformation des Gemeinderates unterstützt der Gemeinderat das Postulat. Der 38er Bus soll bis zum Bahnhof fahren. Wichtig ist, dass das linksufrige Bachgrabengebiet vor allem von Allschwil her und nicht nur von Basel her mit dem ÖV besser erschlossen wird. Vor allem ist dies wichtig, wegen den neu generierten Arbeitsplätzen und auch wegen dem neuen Sportplatz des FC Allschwil, dem Familienzentrum und dem Gartenbad Bachgraben. Es wäre toll, wenn die Anlagen von der Allschwiler Bevölkerung direkt mit dem ÖV erreichbar sind. Eine Verlegung der Zwischenendhaltestelle vom Bachgraben zur Hagmattstrasse, so wie es in der Medieninformation steht, nutzt uns Allschwilern sehr wenig. Es ist ärgerlich, wenn man an der Schiffflände in den Bus einsteigt, zum Beispiel in den 33er oder 38er und unterwegs aussteigen muss, weil der Bus nicht nach Allschwil direkt fährt. Mit der neuen Linienführung des 38er bis zum Bahnhof hätten vor allem die Arbeitstätigen sehr grosse Vorteile. Auch ein grosser Teil der Allschwiler Bevölkerung, nämlich diejenigen an der Baslerstrasse und Parkallee, hätten Anschluss an den Bahnhof SBB. Wenn der 38er nicht mehr ins Dorf fährt, gibt es dort auch wieder mehr Platz für den 61er Bus, so dass auch die Einkürzung, wie sie vorgeschlagen wird, nicht mehr so zwingend wäre. Im Gegenteil, die Direktanbindung von Allschwil ins Leimental könnte damit auch aufrecht erhalten bleiben. In diesem Sinne bitte ich um Überweisung des Postulates.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt: Der Gemeinderat erklärt sich bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

**Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion: Ich stelle Gegenantrag, damit die Diskussion eröffnet werden kann. Es soll auf Änderung der Linienführung verzichtet werden.

**Christoph Morat**, Präsident, gibt das Wort für die Diskussion frei.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Nichts zum Postulat, nur zur Begründung. Es ist der Sportplatz von Allschwil und nicht vom FC!

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion: Wenn der Gemeinderat das Postulat übernehmen will, soll er es machen. Aber ich habe Bedenken wegen der Linienführung. Der 38er soll jetzt eine andere Linienführung bekommen, er lässt das Dorf aus. Es hiess immer, von Allschwil zum Bahnhof. Mir fällt auf, dass man nun nur das Gewerbegebiet an den Bahnhof anbinden will. Die 38er-Führung deckt nur einen ganz kleinen Raum ab. Das Dorf hat nichts davon, der Lindenplatz hat nichts davon, die Spitzwaldstrasse hat gar nichts davon. Allschwil hat eine sehr gute Verbindung zum Bahnhof. Man muss nur einmal umsteigen. Wenn es um die Kinder zum Bachgraben geht: es wohnen auch viele Kinder am Rosenberg. Die müssen dann alle umsteigen. Ich frage mich, ob es so viele Leute gibt die pendeln, die im linksufrigen Bachgrabengebiet arbeiten. Ich sehe viele Elsässer-Fahrzeuge dort. So voll ist der Bus eigentlich nicht. Allschwil wird eine derjenigen Gemeinden sein, welche die meisten Fahrplanänderungen in den letzten Jahren gehabt hat. Das Felix-Platter-Spital hat auch keine direkte Verbindung zum Bahnhof. Und wir wollen es nur wegen der Actelion. Ein Bus der parallel zum 33er fährt - das ist super, aber er dient nur einigen wenigen. Ich glaube es gibt andere Verbindungen, die sinnvoller wären; die auch wegen einmal Umsteigen sicher nicht eine Zumutung für jemanden sind, der mit der Bahn kommt. Wenn einem dies zu viel ist, dann soll er lieber mit dem Auto kommen.

**Dr. Guido Beretta**, FDP-Fraktion: Ist es so, dass Herr Keller vorhin von der Anbindung des Dorfes mit der Buslinie 38 gesprochen hat? Nach meiner Meinung fährt der Bus mit der neuen Linienführung via Grabenring auf den Kreisel und dann via Parkallee und Wanderstrasse direkt zum Bahnhof. Und das Dorfzentrum wird mit dieser neuen Linienführung rechts liegen gelassen. Ich sehe da einen Widerspruch. Vorher haben sie das verkauft als Direktverbindung vom Dorf zum Bahnhof, aber eigentlich geht es wunderschön am Dorfkern vorbei.

**Josua Studer**, SVP-Fraktion: Die Linienführung des 38er war dazu gedacht, dass das Dorf angebunden wird, der Friedhof angebunden wird und dass das Hegenheimer-/Burgfelderquartier beim Zoll erschlossen wird. Die sekundäre Idee ist die Industrie gewesen. Ich habe im Allschwiler Blättli einen Artikel gehabt, in dem ich gefragt habe, warum wir überhaupt eine direkte Verbindung zum Bahnhof brauchen. Dies nutzt nicht jedem. Es ist doch schizophren, den Bus parallel zur 6er-Tramlinie zu führen bis zur Kirche und nachher dem 33er entlang. An den Kosten muss sich Basel auch beteiligen, was sagen die denn dazu? Wo soll der Bus am Bahnhof anhalten? Man hat heute schon ein riesiges Problem dort. Fragen Sie mal die Taxi-Chauffeure. Wir sind ihnen jetzt schon im Weg. Und dann soll noch ein Bus da halten? Durchs Gundeli hat kann man auch nicht ohne fahren, wegen der „Avenue“, da kommt man mit solchen Fahrzeugen auch nicht ohne weiteres durch. Das ist alles nicht so einfach. Man muss nur einmal umsteigen. Wir müssen vielmehr schauen, dass wir gute Anschlussverbindungen haben. Wir sind nicht wie Schönenbuch an einer Hauptstrasse angebunden. Wir haben ein breites Gebiet, das abgedeckt werden muss. Wenn der Bus in Richtung Stadt fährt, bedient er nicht mehr den Friedhof und das Zollgebiet. Der Bus müsste erst mal zur Grenze fahren und dort kehren. Dann wäre der Friedhof angebunden. Es gibt noch andere Lösungen. Warum kürzt man den 61er nicht gerade komplett, ab der Neuweilerstrasse, ein? Der 38er kommt ins Dorf und fährt als 61er zum Weiherweg und bindet dann dort an das 8er-Tram an. Man darf erwarten, dass jemand umsteigen muss, bei einem 7 ½ Minuten-Takt. Das ist sicher unnützlich, ein ganzes Quartier abzunabeln. Ich möchte, dass bei einer Überweisung etwas schlaues daraus gemacht wird.

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich habe ein ganz anderes Argument. Was mir in den Sinn kommt: Die Kreuzung Baslerstrasse/Parkallee ist jetzt schon unübersichtlich. Es hat immer wieder Litfasssäulen und Reklameplakate am Kiosk. Die Kreuzung ist extrem benutzt von Kindergärtnern, Schülern und Schülerinnen. Ich finde es relativ gefährlich, dort auch noch einen Bus kreuzen zu lassen. Ich möchte dem Gemeinderat nahe legen, genau zu überlegen, ob dies sinnvoll ist, dort noch einen Bus durchzuführen.

**Sam Champion**, SD-Fraktion: Es ist ein altes Thema „Direkt zum Bahnhof“. Ich vermisse Zahlen und Fakten, die möchte ich sehen. Vorher kann man das nicht entscheiden.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP-Fraktion: Der Vorstoss bringt vor allem zwei Vorteile. 1.: das aufstrebende Gewerbegebiet am Bachgraben hat eine aufstrebende Verbindung. Das Gebiet hat viele Arbeitsplätze und ist attraktiv für den Wirtschaftsstandort Allschwil. Der Bus mit der vorgeschlagenen Linie würde bei der jetzigen Tramhaltestelle Ziegelei/Kirche durchfahren. Dort wohnen viele Leute. Die hätten dann auch eine Direktverbindung zum Bahnhof. Dies ist wirklich schon ein altes Thema. Natürlich ist jetzt mit dem Vorstoss der Lindenplatz und das Dorf nicht dabei. Das Dorf hat aber eine Aufwertung mit dem 33er bekommen und man kann es nicht allen Recht machen. Würde man durchs Dorf fahren und nicht über den Lindenplatz, kämen auch wieder Reklamationen. Es liegt auf der Hand, dass jetzt Wohngebiete mit dem 38er bedient werden, wo viele Leute wohnen. Die BVB stehen auch hinter diesem Vorschlag, gemäss Auskunft. Am Bahnhof hätte es, so die BVB, auch noch genug Platz. Man hat bereits schon zwei- oder dreimal hier im Einwohnerrat die Situation am Dorfplatz besprochen. Teilweise hatten die auch Vorteile. Ziel ist gewesen, dass man den Dorfplatz entlastet von derzeit 3 Bussen und 1 Tram. Das ist am Dorfplatz zu viel. Mit der vorliegenden Variante hätte man den Vorteil, dass man schon mal einen Bus weniger im Dorf hätte. Ich bitte, das Postulat im Sinne von „prüfen und berichten“ zu überweisen.

**Siro Imber**, FDP-Fraktion: Mir geht es darum, dass die Wichtigkeit des Anschlusses von Allschwil an Basel, in welcher Form auch immer, nicht relativiert werden sollte. Ausgerechnet von der Seite, die sonst immer für den Ausbau des ÖV ist, auch wenn er nicht immer sinnvoll und wirtschaftlich ist, in Frage gestellt wird. Die Wichtigkeit für den Standort Allschwil, eine direkte Anbindung an den Bahnhof zu haben, sollte man auf keinen Fall relativieren. Dies ist vielleicht auch der Grund, warum dieses Thema einer der ältesten Vorstösse im Einwohnerrat und im Landrat ist. Man hatte immer wieder etwas anderes und so weiter gesucht. Jetzt hat man hier einen Vorschlag, der prüfenswert ist. Dies ist ein Postulat und man kann dann schauen was daraus wird. Man sollte es jetzt anschauen. Es könnte eine kleine Verbesserung sein, es ist sicher noch nicht das Gelbe vom Ei. Das wird man auch nicht so schnell finden. Ich möchte den Gemeinderat bitten, die Anschlüsse Brausebad, 6er, 1er zu verbessern. Die sind ziemlich katastrophal. Das merkt jeder. Hier muss man unter Umständen am Bahnhofplatz und nochmals am Brausebad 1/4 -Stunde warten. Das sollte man verbessern, in Zusammenarbeit mit der Stadt Basel und der BVB.

**Lucius Cueni**, SP/EVP-Fraktion: Siro Imber sagt es richtig. Das Postulat ist nicht das Gelbe vom Ei, es sieht nach einem Schnellschuss aus. Die Ausführungen von Felix Keller sind irreführend. Er spricht von einer Taktverdichtung, davon steht aber nichts im Postulat. Das hat miteinander nichts zu tun. Weiter hat Herr Beretta auch schon ausgeführt, dass Herr Keller von einer Anbindung des Dorfes spricht, im Postulat aber nicht. Da sind ganz viele Widersprüche.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion: Das Hauptargument der Linie 38 war damals, dass man eine Direktverbindung nach Allschwil herstellt, zum Dorf. Ich bin sehr befremdet über die Begründungen, die hier abgegeben wurden um das fragwürdige Postulat zu unterstützen. Man kann auch aus falsch verstandener Wirtschaftsfreundlichkeit etwas in den Raum stellen. Man tut so, als ob die Leute der neu geschaffenen Arbeitsplätze jetzt alle zum Bahnhof müssten und dann von dort aus heimgehen würden. 90 bis fast 95% der dort geschaffenen Arbeitsplätze werden von französischen Grenzgängern in Anspruch genommen. Dort muss man eher schauen, dass man genug Parkplätze hat. In diesem Sinn ist das hier wohl eher eine Irreführung und eine Mogelpackung. Unterm Strich soll Allschwil dann noch für so genannte Wirtschaftsinteressenten die Verbindung zum Bahnhof zahlen. Wenn das der Gemeinderat jetzt noch näher prüfen soll...Ich weiss nicht, welche Verschwörung da im Gang ist. So etwas Unsinniges soll man gar nicht in Erwägung ziehen. Der ÖV soll so bleiben. Wenn man wegen einmal Umsteigen anfängt zu jammern, soll man doch daheim bleiben. Es werden immer mehr Begehrlichkeiten geschaffen. Dies ist kontraproduktiv, wenn man auf der anderen Seite bei der Rechnungsdebatte von Sparen redet. Aus der Sicht des Durchschnittsbürgers ist das eine Sauerei und die Leute angelogen. Von daher können wir das Postulat nicht unterstützen.

**Thomas Pfaff**, SP/EVP-Fraktion: Ich möchte sie einladen, all die interessanten Ideen, die heute genannt wurden, gemeinsam mit dem Postulat an den Gemeinderat zu überweisen.

**Robert Vogt**, Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt: Ich möchte zur Unterstützung des Postulates auch noch etwas sagen. Der Gemeinderat hat im linksufrigen Bachgrabengebiet eine Verkehrsstudie machen lassen. Die hat gezeigt, dass der Individualverkehr dort stark zunimmt. 80% gehen mit dem Auto arbeiten. Es ist nun unsere Aufgabe, die gute Versorgung mit ÖV sicherzustellen. Dies ist heute aber noch nicht der Fall. Da tritt das Dorf ein wenig in den Hintergrund. Wichtiger ist, dass das Gewerbegebiet erschlossen wird. Die Studie hat gezeigt, dass die beste Variante dem Postulat entspricht. Verlängerung der 38er Linie vom Bachgraben über die Parkallee zum Bahnhof SBB. Mit dieser seriösen Vorarbeit kann man wirklich mit einem optimalen Kosten-/Nutzen-Verhältnis den öffentlichen Verkehr ausbauen. Und damit dem Wachstum im linksufrigen Bachgrabengebiet wirklich Unterstützung geben.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP-Fraktion: Das Postulat will den ÖV fördern, den Umstieg vom Individualverkehr auf den ÖV. Es geht darum, zunächst eine Richtung zu prüfen, nicht die genaue Streckenführung und Abfahrtszeiten etc. Auch die SP kann doch nicht dagegen sein. Nächstes Jahr haben wir Wahlen. Dann steht doch sicher auch wieder, wie bei den meisten Parteien, Förderung des öffentlichen Verkehrs. Die Linie gibt es ja auch schon, sie verursacht

nicht neue Kosten. Einfach, dass der Bus nicht mehr ins Dorf fährt, sondern durch dicht besiedeltes Gebiet zum Bahnhof. Dies ist sicher eine sinnvolle Sache. Ein gewichtiges Argument gegen das „Prüfen“ habe ich nicht gehört.

**Jean-Jacques Winter**, SP/EVP-Fraktion: Heute Abend haben wir ganz viele unterhaltende Sachen gehört. Und ganz viele Fragen. Fragen über Kosten, Fahrten und Takt, Haltestellen, Attraktivität etc. Antwort gibt es nur eine: ich gebe gern dem Gemeinderat Arbeit. Ich freue mich auf die Antworten die es gibt.

**Jürg Gass**, SP/EVP-Fraktion: Die Strecke ins Gewerbegebiet ist nur am Morgen und am Abend voll. Unter Tags kann man dort quasi mit den Rollschuhen auf der Strasse fahren. Wenn man jetzt das Dorf abhängen will und den Friedhof... Kinder die zum Sportplatz oder ins Gartenbad wollen... Tagsüber, dann wenn die Leute den Bus brauchen, fährt nichts mehr dahin. Wir brauchen also die ganze Sache für Leute die pendeln, morgens zwischen 06.00 und 08.00 und abends zwischen 16.00 und 19.00 Uhr. Dazwischen hat man eine relative Totzeit. Dann, wegen der Kosten, heisst es, es gebe die Linie ja schon. Aber wenn er an den Bahnhof fährt, muss man mehr Busse einsetzen, weil er sonst die sieben Minuten nicht mehr einhalten kann. Wer zahlt das? Die Kosten kommen! Wie hoch sind die Kosten? Haben wir wirklich so viele, die nachher in das Gewerbegebiet gehen? Ein kleiner Teil der arbeitenden Bevölkerung braucht dies. Den Schülern sagt man immer, sie sollen sich bewegen, Velo fahren. Und bei den Erwachsenen will man nun die Faulheit fördern, indem sie direkt von daheim in die Bahn und dann in den Bus und anschliessend ins Büro rollen können. Irgendwann ist es mit Busverbindungen mal fertig.

**Andreas Bammatter**, SP/EVP-Fraktion: Jetzt reden wir schon eine halbe Stunde darüber, es sind bald Wahlen. Der Gemeinderat beschäftigt sich ohnehin schon mit dem Thema. Muss man überhaupt einen speziellen Auftrag geben?

**Barbara Selinger**, SP/EVP-Fraktion: Ich will nochmals auf die Kreuzung hinweisen. Wenn die Linie wirklich kommt, kann man ja eine Fussgängerampel machen. Es wird auch immer Rückstau an den Bushaltestellen geben.

**Basil Kröpfli**, SVP-Fraktion beantragt Abbruch der Diskussion gemäss § 73 Geschäfts-Regl. Einwohnerrat.

://: Dem Antrag wird mit grossem Mehr stattgegeben.

Es wird nach dem letzten Redner der Rednerliste die Diskussion abgebrochen.

**Felix Keller**, CVP-Fraktion: Ich hätte wohl lieber ein Postulat zu einem neuen Parkhaus im Bachgrabengebiet eingegeben. Die Diskussion hierzu wäre nicht so lange gegangen. Es wird immer mehr Verkehr geben. Mein Anstoss war, den ÖV zu fördern. Es erstaunt mich, dass gerade von links Kritik kommt. Es sollte nicht in erster Linie die Direktverbindung zum Bahnhof im Mittelpunkt stehen, sondern die Verbesserung der Anbindung des Gewerbegebiets an den ÖV. Die Anbindung an den Friedhof wird offenbar höher geschätzt als die Anbindung an den Bahnhof. Wenn ich zum Friedhof gehe, würde ich besser mit dem 6er bis zur Binnerstrasse fahren und dann zum Friedhof laufen als bis zum Bus und dann dort 6 oder 16 min. warten. Der Anschluss ans Bachgrabengebiet fehlt denjenigen, die mit dem 6er kommen und an der Gartenstrasse aussteigen. Es gibt dort keine gute Busverbindung. Ein Schnellschuss ist der Vorstoss nicht. Alles ist mit der BVB und dem Amt für Raumplanung abgesprochen. Die würden dies unterstützen. Und zur Taktdichte: die Meinung wäre, dass man bei der Parkallee, wo heute der 33er im Halbstunden-Takt durchfährt, mit der Verknüpfung auf eine Taktverdichtung von ¼-Stunde zu kommen. Von dem her wäre es doch zumindest prüfenswert.



://:

**Geschäft 3730**

Das Postulat von Felix Keller, CVP-Fraktion, vom 23.05.2007, betreffend „Verlängerung der Buslinie 38 zum Bahnhof Basel SBB“ wird **mit 18:16 Stimmen überwiesen**.

281 01.030 Einwohnerrat  
11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt

**7. Interpellation von Samuel Champion, SD-Fraktion, betreffend Sicherheit in der Schulanlage Neuallschwil. Geschäft 3731**

---

**Roman Meury**, Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung: Herr Champion spricht auf eine Veranstaltung in der Dreifach-Turnhalle an. Eigentlich ist das Gebäude für eine Veranstaltung, wie die thematisierte Generalversammlung der Raiffeisenbank, nicht vorgesehen. Es ist so, dass eigentlich auch nur die Raiffeisenbank und dieses Jahr der FC Allschwil an seiner Jubiläumsveranstaltung die Halle benutzt hat. Die Gemeinde Allschwil, der Liegenschaftsdienst, delegiert in solchen Fällen die Sicherheitsverantwortung an den Veranstalter. Er tritt nicht selbst in dieser Funktion auf. Dies deshalb, weil das Gebäude eigentlich nicht für solche Veranstaltungen ausgerichtet ist, und wir darauf verzichten möchten, Geld für die Installationen auszugeben für die Sicherheitsmassnahmen (z.B. farbige Lichter für Notausgänge). Es ist also nur beschränkt Sache der Gemeinde. Sie sehen hier den Plan (Beilage), wie ihn der Veranstalter konzipiert hat. Sie sehen die Notausgänge und die Wege dazu rot markiert. Jeder Zugang zu einer Turnhalle übernimmt die Funktion eines Notausgangs. Dann gibt es einen vierten, der direkt zur Treppe hinausführt. Die Feuerlöscher sind beim Podium positioniert gewesen und in den drei Geräteräumen und noch einer beim Eingang an der Treppe. Total 5. Die Markierung der Feuerlöscher wurde effektiv nicht so gemacht, wie es wünschbar gewesen wäre. Dies trifft zu. Dem Veranstalter haben wir dies auch so mitgeteilt. Künftig muss er die Markierungen besser vornehmen. Ich glaube, es ist wesentlich, dass die Verantwortung an die Veranstalter delegiert ist, die Fluchtwege sind markiert. Wie gut sie für jeden erkennbar gewesen sind, kann ich nicht beurteilen. Ich war selbst nicht an der Veranstaltung.

**Sam Champion**, SD-Fraktion: Wenn man dort anwesend gewesen ist, hat man nicht den Eindruck gehabt, dass irgendetwas von dem sichtbar gewesen ist. Dann ist die grosse Masse der Leute da gewesen, vor allem im Vorraum beim Apéro. Wenn jetzt dort ein Brand ausgebrochen wäre, hätte es Panik gegeben, mit vielleicht hunderten von Toten. Das wäre eine Katastrophe geworden. Der Ausgang war wie eine Mausefalle. Man hat den Ausgang von hinten nicht gesehen. Es ist eine Denkanregung an die Verantwortlichen, was man künftig unternehmen kann.

**Christoph Morat**, Präsident des Einwohnerrates, richtet einige abschliessende Worte an das Parlament zum Ende des Amtsjahres: Ich möchte Euch allen recht herzlich Danke schön sagen, für Eure engagierten Voten, welche emotional aber auch sachlich waren. Ich danke vor allem meinen Kolleginnen und Kollegen vom Büro, wir haben einige Geschäfte durchgebracht und auch nicht immer einfache Situationen gemeistert. Die Zusammenarbeit hat immer funktioniert. Dank an Armin Bieri, Susanne Studer, Ursula Pozivil und Felix Keller. Ein weiterer Dank geht an Anita und Hugo Gloor, dem Weibelpaar, welches uns immer bewirbt und gut betreut hat.

Jetzt geht's noch ans Adieu sagen: Vor 34 Jahren - er hat sogar die Gründung des Einwohnerrates miterlebt - hat Max Kamber als Gemeindeverwalter angefangen und er wird jetzt auf den 31.07.2007 pensioniert. Er ist dem Büro immer mit Rat und Tat zur Seite gestanden. Er hat die nicht immer leichte Aufgabe gehabt, mit wechselnden Präsidenten und Präsidentinnen die Wahl- und Sachgeschäfte durchzuführen. Ich sage Danke vielmals Max und ich wünsche Dir alles Gute in Deinem dritten Lebensabschnitt. Merci für die Unterstützung im Büro.

**Max Kamber**, Gemeindeverwalter: An ca. 350 Sitzungen habe ich als Verwalter an ihren Sitzungen teilnehmen dürfen. Das entspricht einem ganzen Jahr, an dem Sie an Sitzungen des Gemeindeparlaments teilnehmen würden - abzüglich 14 Tage Ferien. Als ich am 31.10.1973 vom Einwohnerrat in einer Kampfwahl gewählt worden bin, als 29jähriger Jurist, bin ich sehr stolz gewesen. Niemals hätte ich damals gedacht, dass ich im Jahr 2007 als Gemeindeverwalter in den Ruhestand gehen werde. Ich kann Ihnen aber versichern, dass ich keinen Tag bereue. Es war eine ganz faszinierende und anspruchsvolle Zeit gewesen. Dies habe ich auch Ihren Vorgängerinnen und Vorgängern zu verdanken, da der Einwohnerrat viele Jahre lang auch die Wahlinstanz des Gemeindeverwalters gewesen ist. Gemeindeverwalter ist eine sehr vielfältige Tätigkeit, eine Mischung aus Stabstelle und Führungsfunktion, führen, steuern, lenken aller Verwaltungszweige, beratend, dem Gemeindeparlament und der Exekutive zur Seite stehen. Es ist eine Scharnierfunktion, anspruchsvoll und sehr faszinierend. Ich möchte die Gelegenheit benutzen, Ihnen jetzt zu danken, für das Vertrauen, dass Sie mir in den 34 Jahren gewährt haben. Ich möchte mit zwei Wünschen schliessen: Ich wünsche, dass meine Nachfolgerin, Frau Sandra Steiner, eine ebenso faszinierende Tätigkeit erleben darf und - notabene, ich habe nicht im Sinn ein Buch zu schreiben - und der zweite Wunsch wäre an Sie, dass Sie als Volksvertreterinnen und -vertreter weiterhin eine so gute Zusammenarbeit mit der Exekutive und der Verwaltung pflegen können. Wenn das klappt, dann klappt's auch mit der Gemeinde.

Ich kann Ihnen sagen, dass ich und meine Frau weiterhin in Allschwil unseren Wohnsitz behalten werden, schliesslich sind wir Stimmbürger und Steuerzahler hier. Ich werde mich aber künftig etwas mehr in meinem Heimatkanton aufhalten. Danke für die netten Abschiedsworte, Herr Präsident, und Ihnen allen alles Gute.

**Christoph Morat**, Präsident: Es gibt noch eine Auswechslung hier oben in der Reihe. Der nächste dem wir Adieu und Danke schön sagen, ist Andreas Weis. Er hat für die Zukunft die Aufgabe und Funktion in der Gemeinde bekommen, für die er prädestiniert ist. Er wird künftig vollamtlich Berater der Gemeinde. Das Amt des Sekretärs wird künftig anders vergeben. Ich möchte mich bei Andreas Weis ganz herzlich bedanken für die drei ganz tollen Jahre, die wir im Büro zusammen gearbeitet haben. Danke Andreas für die grossartige Arbeit für das Büro und den Einwohnerrat. Ich wünsche Dir für Deine künftige Arbeit auf der Gemeinde alles Gute.

**Christoph Morat**, Präsident: Dies war meine letzte Sitzung als Präsident. Ich bedanke mich für die gute Zusammenarbeit und wünsche Euch einen schönen Abend. Alles Gute auch für meine Nachfolgerin, Susanne Studer. Die nächste Sitzung ist am 12. September 2007.